

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltene Zeitspalt.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Sattler-

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 21 :. 27. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 :. Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 23. Mai 1913

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Dritte internationale Konferenz der Sattler und Portefeuille. — Zeitspalt. — Die letzte Generalversammlung der österreichischen Sattler, Tischler und Wiener. — Eine Gefahr für die Rechtsgeltung der Tarifverträge im Arbeitsverhältnis. — Aus dem Jahresbericht 1912 der Generalversammlung. — Sitzung des Schiedsgerichts für die Berliner Militäressektorenbranche. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Aus Industrie und Handel. — Aus anderen Organisationen. — Soziales. — Rundschau. — Bücherchau. — Adressenänderung. — Versammlungsalender. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 25. bis 31. Mai ist
der 22. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Aus Zweckmäßigkeitsgründen sind wir nicht
in der Lage, alle zurzeit beim Zentralvorstand
gemeldeten Lohnbewegungen an dieser Stelle
anzuzeigen bezw. vor Bezug zu warnen. Des-
halb werden die Kollegen in ihrem eigenen
Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in an-
deren Städten sich zuvor bei der dortigen Orts-
verwaltung zu erkundigen.

Apolda. Die Arbeiter der Autowerke
„Apollo“ sind ausgesperrt.
Breslau. In der Taschen- und Koffer-
fabrik R. Krause wurde die Arbeit eingestellt.
Zugang ist fernzuhalten.
München. Die Portefeuille stehen in
einer Tarifbewegung.
Offenbach a. M. Die Firma Maurer
ist für Militärsattler gesperrt.

Dritte internationale Konferenz der Sattler und Portefeuille.

In Wien fand am 9. und 10. Mai die dritte
internationale Konferenz der Sattler und Portefeuille
statt. Vertreten waren die Delegierten
Bormeire, Belgien, Blum und Riedel,
Deutschland, Bilet, Frankreich, Hohen-
berg und Klärer, Oesterreich, Sattler,
Strnad, Oberdörfer, Fischer, Böckl,
Cernak und Planes, Oesterreich, Portefeuille,
Jönson, Skandinavien, Balaja
und Steker, Ungarn; als internationaler
Sekretär Sassenbach, Berlin.

In Nr. 15 unserer Zeitung haben wir be-
reits Stellung zu dieser Konferenz genommen
und dabei betont, daß wir von der deutschen Or-
ganisation aus das lebhafteste Interesse an einer
engen internationalen Verbindung haben. Wir
unterließen es auch nicht, zum Ausdruck zu
bringen, daß wir mit den derzeitigen Zuständen

nicht zufrieden sind. Einige Anträge der deut-
schen Organisation in Verbindung mit denen
der Bruderorganisationen suchten diesen Mangel-
ständen abzuheben. Für unsere Mitglieder ist
es überflüssig, auf den Bericht des internatio-
nalen Sekretärs einzugehen, da er bereits in
den Nr. 17 und 18 der „Sattler- und Portefeuille-
Zeitung“ veröffentlicht wurde. Es muß
leider betont werden, daß wir mit diesem Bericht
nicht zufrieden sein können. Vor allen Dingen
würde es uns mehr interessieren, den Stand der
einzelnen Organisationen Ende 1912 zu er-
fahren. Statt dessen begnügt sich der Bericht
mit den Ergebnissen von 1911. Soweit es mög-
lich war, wurden diese Angaben durch die münd-
liche Berichterstattung der einzelnen Länder er-
gänzt und läßt sich für alle angeschlossenen
Länder ein guter Fortschritt feststellen. Aus
dem deutschen Bericht ist zu entnehmen, daß seit
der letzten Konferenz in Köln bis Ende 1912
die Mitgliederzahl um 4139 gestiegen ist. Die
österreichische Organisation der Sattler hat trotz
der Separierung der Tischler noch einen kleinen
Fortschritt aufzuweisen. Die skandinavischen
Länder, insbesondere Dänemark und Norwegen,
können gleichfalls auf eine Steigerung hin-
weisen, nur in Schweden ist ein empfindlicher
Verlust zu konstatieren, hervorgerufen durch den
schweren Kampf im Jahre 1910. Die belgische
Organisation der Reineartfelsattler ist im Jahre
1912 auf nahezu 500 Mitglieder gestiegen. Für
Frankreich kann eine bessere Zusammenfassung
der Berufsgruppen festgestellt werden und kom-
men zurzeit 1200 organisierte Berufsgruppen
in Frage. In Belgien sowie in Frankreich sind
die Automobilattler in gesonderten Verbänden
mit den übrigen in Frage kommenden Berufs-
gruppen, wie Holzarbeiter, Schmiede, Maler
u. a. organisiert. Die Portefeuille in Oester-
reich resp. in Wien haben ein schweres Agita-
tionsgebiet. Die Heimarbeit läßt eine Ausdeh-
nung der Organisation nur sehr schwer zu, weil
die Heimarbeiter im Gegensatz zu Deutschland
von der Organisation fast allgemein wenig
wissen wollen. Der ungarische Verband erstreckt
sich auf 7 Ortsgruppen und umfaßt trotz der
ungeheuren Repressalien der ungarischen Regie-
rung zurzeit etwa 700 Mitglieder.

Soweit der äußere Bestzustand der ange-
schlossenen Organisationen. Ueber das Innen-
leben dieser Verbände bringt der schriftliche Be-
richt nichts. Soweit Oesterreich und Skandi-
navier in Betracht kommen, geben die Verbands-
tage der Organisationen Gelegenheit, darüber zu
berichten und ist dieses bisher auch immer ge-
schehen. Ueber die anderen Länder sind wir
weniger orientiert und geben solche Veranstal-
tungen wie die internationale Konferenz Zeit
und Gelegenheit, etwas tiefer zu schauen. In
der Diskussion über den internationalen Bericht
kam zum Ausdruck, daß es lebhaft bedauert
wurde, daß England fast jede engere Fühlung
mit dem Sekretariat ablehnt. Dasselbe gilt für

Amerika. Unsere Mitglieder werden den Aus-
zug aus den englischen Briefen gelesen haben,
woraus hervorgeht, daß man unsere Mitglieder
zum Teil noch wie Unorganisierte behandelt und
ihnen ein Eintrittsgeld abverlangt. Ob es in
der Zukunft besser wird, läßt sich sehr schwer
sagen und sind irgendwelche Hoffnungen nicht
vorhanden. Die deutsche Vertretung ließ durch
Blum ihre Unzufriedenheit über die Tätigkeit
des Sekretariats zum Ausdruck bringen. In
längeren Ausführungen ging der Redner auf die
wirtschaftliche Entwicklung der Nachbarländer
ein und erbrachte den Beweis, daß in fast allen
Kulturländern Europas eine aufsteigende Ent-
wicklung zu verzeichnen sei für alle in Frage
kommenden Branchen. Insbesondere aber gilt
dieses für die Lederverwarenindustrie und die Auto-
mobilfabrikation. Wir betonten ausdrücklich,
daß wir nichts dagegen haben, daß sich die In-
dustrie auch in anderen Ländern festsetzt, was
wir aber verlangen, ist, daß die Produktion
dieser Waren zu anständigen Lohn- und Ar-
beitsbedingungen geschieht. Vergleichen wir den
Umsatz dieser verschiedenen Branchen mit der
Stärke der Organisation, so ist es ohne allen
Zweifel, daß sie wenig Einfluß auf die Arbeits-
bedingungen haben. In Frankreich wird die
feine Lederverware fast zu 36 Proz. in der Heim-
industrie hergestellt, wobei jede Organisation
fehlt. In England herrschen infolge der Zer-
rissenheit der Organisation ungläubliche Zu-
stände. Die Sattlerwaren- und Sportindustrie
beschäftigt zu einem großen Teile Arbeiterinnen
und viele jugendliche männliche und weibliche
Kräfte zu ganz miserablen Löhnen. Hierdurch
wird der ständige Rückgang der deutschen Aus-
fuhr nach England erklärlich. Hinzu kommt
noch, daß man in den Arbeiterorganisationen
die feindliche Stimmung gegen deutsche Waren
unterstützt. Es würde zu weit führen, in einem
Referat dieses alles zum Ausdruck zu bringen,
was uns mit dem Ausland verbindet, und ver-
langte der Redner bessere Verständigung unter
den einzelnen Landesorganisationen und eine
größere informierende Tätigkeit des Sekre-
tariats. Die österreichischen und skandinavischen
Vertreter waren in der Lage, auch in ihren
Ländern einen ständigen Einfluß auf die Lohn-
und Arbeitsbedingungen feststellen zu können
sowie die tarifliche Regelung derselben. Ein
Antrag der abgeordneten tschechischen Organi-
sation auf Anschluß an das internationale Sekre-
tariat wurde abgelehnt, nachdem der französische
Vertreter zum Ausdruck gebracht hatte, daß diese
Separierung nur aus nationalen Gründen er-
folgt sei. Für die spätere Berichterstattung wird
beschlossen, daß die einzelnen Länder bis zum
1. April jedes Jahres einen ausführlichen Be-
richt an das internationale Sekretariat einzu-
senden haben und diese Berichte in geeigneter
Form zu verarbeiten sind. Auch sollen sich die
Berichte über die Lohn- und Arbeitsbedingungen
resp. über die Erfolge auf diesem Gebiete im

verflorenen Jahre ansprechen. Da der Wunsch nach einer geregelteren Versicherungsverhältnisse zum Ausdruck kam und der internationale Sekretär eine solche auch versprach, wurde der Antrag Deutschlands auf eine anderweitige Regelung der Beitragsfrage und die Herausgabe eines vierteljährlich erscheinenden Bulletin zurückgezogen. Beschlossen wurde ferner, daß ausländische Streiks und Sperren nur dann in den Organen der angeschlossenen Länder veröffentlicht werden sollen, wenn sie durch das internationale Sekretariat beauftragt werden. Die österreichischen Anträge auf Einführung gleicher Mitgliederdokumente und Strenzkarten beim Bezug der Unterstüßungen wurden dem Sekretariat überwiesen. Ebenso ein Antrag des schweizerischen Lederarbeiterverbandes auf eine andere Regelung der Reiseunterstützung. Die Schweiz wird sehr von deutschen Mitgliedern überlaufen und werden der kleinen Organisation dadurch große Opfer zugemutet. Die Landes-Organisationen werden in ihren Vorständen diese Frage zu prüfen haben.

Ein wichtiger Punkt dieser Konferenz war die Frage des Anschlusses an das internationale Sekretariat der Schuhmacher und Lederarbeiter und nahm aus diesem Grunde der internationale Sekretär Simon Kürnborg an der Konferenz teil. Sassenbach glaubte diese Frage prüfen zu können, weil die bisherigen Ergebnisse unseres Sekretariats so mager ausgefallen seien. Simon gibt ein anschauliches Bild über die Entwicklung seiner angeschlossenen Organisationen und erbringt den Nachweis, daß in den Balkanstaaten die Sattler zumeist mit den Schuhmachern und Gerber vereinigt sind. Von Seiten Deutschlands sprach Niedeck gegen einen derartigen Anschluß, weil unsere Berufsgruppen dann ganz und gar in diesem Sekretariat verschwinden würden. Entschieden wandte sich Johnson-Kopenhagen gegen diesen geplanten Anschluß, mit demselben Augenblick sei für sie das internationale Sekretariat gegenstandslos und ohne jede Bedeutung. In der Abstimmung wurde der Antrag abgelehnt gegen die Stimmen von Belgien und Frankreich.

Zu dem Antrag Skandinavien auf eine anderweitige Regelung der Streikunterstützung bei ausländischen Streiks haben wir bereits in Nr. 15 unseres Organs Stellung genommen und die Unmöglichkeit dieses Antrages nachgewiesen. Obwohl Johnson den Antrag etwas abgeschwächt durch eine andere Modifikation, wurde er abgelehnt und stimmte außer Skandinavien nur noch Belgien für den Vorschlag. Die Konferenz hob ferner einen Beschluß auf, den wir in Köln über den Wohnort in Raab und Raidau in Ungarn gefaßt hatten und werden sich die österreichischen und ungarländischen Organisationen erneut mit dieser Angelegenheit befassen.

Auf dem Seeweg nach Ostafrika.

Reisebilder von Fritz Koch - Berlin.

(Schluß.)

Nachdem wir die Maleiden, keine grüne Insel mit vulkanischer Bodenbeschaffenheit, hinter uns hatten, erreichten wir, 15 Tage nach unserer Abfahrt von Port Said, Colombo. Gleich nach der Ankunft ging es wieder ans Land. Am Hafen mietete ich mir eine Miska, einen zweirädrigen Karren, welcher von einem Kuli gezogen wird und in fast allen ostafrikanischen Hafenstädten als Beförderungsmittel dient. Solch ein Miska-Kuli hat eine bewundernswürdige Ausdauer. Ein bis zwei Stunden läuft er im größten Sonnenbrand ununterbrochen immer im Trab, ohne einmal auszurufen.

Die Fremdenniederlassung hat schöne, breite mit Laubbäumen bepflanzte Straßen. Die Häuser haben wie überall in den Tropen flache Dächer und vorn offene Veranden. Es befinden sich in der Stadt größere Parkanlagen mit exotischen Gewächsen, welche ich nun zum erstenmal in größerer Anzahl im Freien sah. Die Eingeborenen sind untereinander sehr merkwürdig von der Fremdenniederlassung. Enge, überdachte, von indischen Gauklern besetzte Straßen und kleine Hütten kennzeichnen diesen Stadtteil. Ein großer Miskhand ist, daß es auch hier wie in fast allen englischen Kolonien, nichts Vernünftigeres zu trinken gibt. Whisky and Soda mag ja ganz gut schmecken, ebenfalls englisch Porter oder Sidwein, aber wenn man Durst hat, ist das nichts, da ziehe ich mir ein Glas Wasser vor, doch das ist hier nicht zu genießen. Mir blieb weiter nichts übrig, als eine Flasche Wein zu trinken.

Kollege Oberdörfer - Wien sprach in ausführlicher Weise über die Schäden der Wiener Heimarbeit in der Lederwaren- und Galanteriebranche. Die Debatte darüber war sehr kurz, weil diese Produktionsform in jedem Lande anders auftritt. Die Wiener Organisation ist gewillt, einen energischen Vorstoß zu wagen und wurde ihr allseitig die größte Sympathie ausgesprochen.

Eine Besichtigung der internationalen Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen wurde abgelehnt, weil diese Konferenz nur eine größere Bedeutung für die Sekretariate der Metallarbeiter, Holzarbeiter, und ähnliche Berufe haben kann.

Als Sitz des internationalen Sekretariats wurde Berlin, als Sekretär Sassenbach und als nächster Kongressort Kopenhagen (1917) bestimmt.

Reisneren wir nun kurz über die dritte internationale Konferenz, so kann gesagt werden, daß ihr Ergebnis von vornherein fest stand. Die Berichte waren zu ungenügend, um der Boden einer fruchtbaren Arbeit zu sein. Das Bedürfnis, wirkliche internationale Beziehungen zu pflegen, ist nur zu einem Teile entwickelt. Als erfreuliches Zeichen der Konferenz darf die Besichtigung durch Frankreich und Belgien bezeichnet werden. Insbesondere haben uns die Darlegungen unseres französischen Kollegen erfreut, woraus wir entnehmen, daß man auch in Frankreich bestrebt ist, die unmodernen Praxen abzulegen und dafür der gewerkschaftlichen Taktik Deutschlands und Oesterreichs zu folgen. Ferner sind begründete Hoffnungen vorhanden, daß seitens des internationalen Sekretariats die nächsten Jahre mehr für die angeschlossenen Landesorganisationen getan wird wie bisher und daß nach Möglichkeit neue Verbindungen geknüpft werden. Kann man 1917 in Kopenhagen feststellen, daß auf diesem Gebiete alles geschehen ist, was möglich war, dann wird die Wiener Konferenz erst zur vollen Bedeutung gelangen.

Die sechste Generalversammlung der österreichischen Sattler, Tischner und Riemer.

Am Pfingstfeste tagte in Wien unsere österreichische Bruderorganisation. Fast seit zwanzig Jahren besuchten wir gegenseitig unsere Verbandstage, um nicht nur ein Gebot der Höflichkeit zu bezeugen, sondern um aus den Erfahrungen der Landesorganisationen zu lernen. Die Entwicklung beider Organisationen, ihre inneren Einrichtungen zeugen davon, daß man beizeiten ist, auf allen Gebieten das bestmögliche zu schaffen. Unsere österreichische Bruderorganisation der Sattler hatte in der letzten Berichtsperiode heftige innere Kriegen durchzumachen. Die Separierung der Tischner folgte der Organisation die zweitbeste Tischnergruppe und zwar Prag.

In Vord hatten sich 10 Eingabesentwürfen angetunden. Sobald man ein Geldstück ins Wasser warf, sprang einer der kleinen Vorkühen kopfüber ins Wasser und holte es wieder heraus, den Mund als Sparschweinchen benutzend. Als nichts mehr heruntergeworfen wurde, teilten sie sich das Geld und sprangen über Bord. Im Wasser lagen einige ausgehöhlte Baumstämme, die als Boote benutzt wurden. Diese suchten sich die Anker zusammen und führten uns eine regelrechte Seeschlacht vor, wobei mander ins Wasser purzelte, ohne sich Schaden getan zu haben. Kröhgenum kletterte er in sein Schlachtstück und kämpfte weiter. Zum Schluß fand noch ein Wettrennen statt. Der Sieger erhielt von uns ein Geldgeschenk. Zum Erlaunen aller verteilte er es gleichmäßig unter seine Gefährten. Darauf ruderten sie in eine der vielen Buchten, in denen sie durch Bananen- und Brotfruchtbäume unseren Blick entzogen wurden.

III.

Sobald wir wieder auf hoher See waren, wurde „Mein Schiff“ gemacht, und bald erglänzte unser Dampfer wieder im schönsten Weiß. Wir fuhren um die Südspitze Goulons, vorbei an Port du Galle, und dann ging es wieder auf das weite Weltmeer. Nach einigen Tagen suchten wir die Inselgruppe der Nicobaren. Kurz darauf umschifften wir die Nordspitze von Sumatra, um in die Straße von Malacca zu gelangen, welche die Durchfahrt zwischen der gleichnamigen Halbinsel und der Insel Sumatra bildet. Auf der Insel befinden sich ausgedehnte Urwälder. Niedrige Brotfruchtbäume wechseln mit Kokospalmen und Feigenbäumen ab.

Aber auch hier ist ein Stamm der Zentale treu geblieben und darübe das Rekrutierungsgebiet der Tischner sich hauptsächlich auf Prag und einige kleine Orte beschränken. Zwar kommen noch etliche Orte in Frage, in denen die Tischner von Bedeutung sind, jedoch dürften diese Leute einbüßig genug sein und die Zentralorganisation als einen guten Stützpunkt im Kampfe um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen schätzen. Unsere Funktionäre haben wir bereits aufgefordert, die Tischner als eine Organisation im Sinne der modernen Arbeiterbewegung nicht anzuerkennen und Gesuche auf Heberträge zu unserem Verbands unter Anerkennung der erworbenen Rechte abzulehnen. Die Folgen dieser Absonderung machen sich für die Vertriebenen schon deutlich bemerkbar. So werden die Militärarbeiten bei den Prager Firmen zu erheblich geringeren Preisen hergeteilt, wie dieselben Arbeiten in Wien. Wenn sich derartige Zustände noch mehr einbüßern dürfte die Separation die längste Zeit gedauert haben. Aber will man lieber hungern und ein braver Tischner sein? Es ist daher erklärlich, daß die großen scheidenden Debatten auf diesem Verbandstage ausblieben und die anwesenden Vertreter aus den böhmischen Orten keine Lust zeigten, den Prager Vorstoß zu leisten.

Aus dem Geschäftsbericht unserer österreichischen Organisation ist zu entnehmen, daß die Mitgliederziffer in der Berichtsperiode auf 1048 am 31. Dezember 1912 stieg. Die Abwanderung folgte der Organisation insgesamt 212 Mitglieder, so daß der Bestand ein bedeutend höherer wäre, wenn die Tischner nicht dieses bemerkenswerte Spiel getrieben hätten. Die Vermögensverhältnisse der österreichischen Sattlerorganisation dürften heute als gute angesehen werden und dies um so mehr, weil diese Organisation vor einigen Jahren tatsächlich blank da stand. Der große Taschnerstreik 1906 zeitigte viele Schulden, die schon lange abgezahlt sind. Nach den österreichischen Gesetzen dürfen die Mitgliederbeiträge der Organisation nicht zum Streit verwendet werden und bleiben in allen Organisationen sogenannte Widerstandsfonds. Beide Fonds weisen respektable Summen auf und stellen dem Zahlungseifer unserer Kollegen in Oesterreich ein gutes Zeugnis aus. Neben die Ausgaben und Einnahmen der Organisation hier noch näher zu sprechen, halten wir für überflüssig. Es zeigen sich hier dieselben Erscheinungen wie bei uns und sind auch die Konjunkturverhältnisse fast genau dieselben. Die Kriegsstimmung wirkt lähmend auf das ganze wirtschaftliche Leben, nur die Militärjattler haben und drüben der schwarzen gelben Pfäde profitieren davon. Die Aussicht, in einen Krieg verwickelt zu werden, war für Oesterreich noch weit größer als sie für uns, und daher der Druck auf die Gütererzeugung auch ein größerer wie in Deutschland, obgleich auch bei uns der Grund der Arbeitslosigkeit ein hoher ist. Insbesondere in für uns auch die Entwicklung zum Tarifvertrag interessant, außer in der Taschnerbranche findet derselbe immer mehr Einführung in der Treibriemenindustrie. Die Automobilbranche ist in Oesterreich noch schwach entwickelt, jedoch zeigt Wien etliche bemerkenswerte Anläufe auf diesem Gebiete und konnten teilweise die Arbeitskräfte nicht beschafft werden. Die Berichte aller Funktionäre wurden gut aufgenommen und eine Kritik fast gar nicht geübt, ein

Dicht am Strande konnte man auch einige Sago- und Phönixpalmen untercheiden. Reich ist die Tierwelt vertreten. Papageien flatterten umher und ließen dabei ein untrügliches Geschrei hören. Affen aller Arten und Störche jagten einander von Baum zu Baum oder schnitten Grimassen. Darob fühlten sich einige Kameraden beleidigt und warfen nach den Affen, natürlich ohne zu treffen. Die Affen schienen allerdings in der christlichen Lehre noch nicht unterrichtet zu sein oder sie kannten damals den Spruch noch nicht, der da anfängt: „So dich jemand auf die rechte Wade...“ denn sie sammelten Steine und Schotter und warfen uns damit, trauen aber besser wie ihre Kollegen an Land.

An der Südspitze von Malacca befindet sich die englische Hafenstadt Singapore. Vom Meere aus gesehen, bietet sie einen prächtigen Anblick. Eine Anzahl grüner Inseln, welche selber meistens militärischen Zwecken dienen, umgeben die Stadt wie ein blühender Kranz. Am Strande ist sie von Bambushainen und Kokospalmen eingeklämt. Den Hintergrund bildet ein Urwald. Hier blieben wir 3 Tage liegen. Am ersten Tag machte ich einen Ausflug per Miska, welche hier etwas besser ausgestattet sind als in Colombo, nach dem Botanischen Garten, angeblich der größte und schönste der Welt. Nach einräudiger Fahrt hatte ich denselben erreicht. Man unterscheidet im Garten zwei Abteilungen. Eine geographische, in welcher gleichzeitig die Bodenformation des betreffenden Landes dargestellt ist. In der zweiten Abteilung sind die Gewächse willkürlich geordnet. Da steht man z. B. die schattenlose australische Eucalyptus mit ihren schön gestellten Blättern und ihrem riesenhafte Wuchs neben der

Zudem vollständiger Uebereinstimmung mit der Vorstandstätigkeit. Die Tagesordnung bot für uns Deutsche wenig Neues. Die Statuten wurden wieder wesentlich verbessert und lehnte man sich hart an unsere Bestimmungen an. Insbesondere haben die reisenden deutschen Kollegen einen Vorteil gegenüber den bestehenden Verhältnissen, indem in derselben Weise die Reiseunterstützung drüber ausgezahlt wird wie in Deutschland, der Unterschied besteht nur in der Währung und ist täglich ausgezahlt. Krone allerdings weniger wie unsere Mark, dafür werden aber jetzt Kilometergelder ausgezahlt. Die Frage der Gaucinieilung wurde lebhaft besprochen. Zur Anstellung konnte man noch nicht schreiten, jedoch wird man in Nordböhmen eine Einrichtung treffen, wodurch die Interessen der dortigen Treibriemensattler besser geschützt werden. Unsere deutschen Grenzorte jener Bezirke werden diesfalls zu würdigen wissen. Das übliche Schmerzgefühl, die Beitragserhöhung blieb dieser Generalversammlung erspart, wenigstens stellte die Zentrale keine Forderung auf diesem Gebiete. Dafür kamen aus der Provinz genug Ansichten zutage, die einer Erhöhung der Beiträge zugestimmt hätten unter der Voraussetzung der Einführung der Krankenunterstützung, wofür die Generalversammlung nicht zu haben war. Ferner wurde beschlossen, das Sachblatt zu vergrößern und auszubauen.

Die Generalversammlung verlief sehr ruhig, jedoch entbehrte sie nicht eines ganz interessanten Charakters, weil fast alle Delegierten des internationalen Kongresses derselben beiwohnten und Gelegenheit hatten, ihre internationale Solidarität zum Ausdruck zu bringen.

So verließen die deutschen Delegierten denn Wien mit dem Bewußtsein, daß Österreich, trotz der innerpolitischen Berriffenheit, ein starkes Glied in unserer Vereinigung darstellt und daß Leistung und Mitgliedschaft besteht, in der modernen Arbeiterbewegung ihre volle Pflicht und Schuldigkeit zu erfüllen.

Der Verein der Ledergalanteriearbeiter Niederösterreichs mit dem Sitz in Wien, welcher auch auf der internationalen Konferenz vertreten war, gab den anwesenden Gästen Gelegenheit, ihre jährliche Generalversammlung zu besuchen. Obgleich kein unangenehmer Tag gewählt werden konnte, wie der Vorabend von Pfingsten, so wurde doch ein volles Haus erzielt. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl etwas zurückgegangen ist infolge der außerordentlichen Geschäftskrise. In den letzten zehn Jahren hat keine betriebl. große Arbeitslosigkeit geherrscht, wie zurzeit. Hinzu kommt noch das Verhalten der Heimarbeit, das wir bereits an anderer Stelle gefengetzichnet haben. Die Organisation verfügt aber über reichliche Mittel. Außer dem Dispositionsfonds weist die Kasse ein Vermögen von 47.000 Kronen nach, somit 100 Kronen für jedes Mitglied. Der Dispositionsfonds dürfte eine annähernde Höhe haben, so daß die Portefeuller in Wien schon ein Tätigen mit ihren Arbeitgebern wagen dürfen. Am Schluß dieser Versammlung nahmen die Vertreter der deutschen, französischen und skandinavischen Organisationen das Wort und gestattete sich diese Versammlung zu einem kleinen internationalen Meeting, das schließlich einen guten Eindruck gemacht hat. Unser Vertreter besuchte be-

Handinabntichen Zwergetanne. Die Kosospalme der Sübsee neben einer deutschen Eiche u. a. m. Dieser Garten mit seinen Bügeln und Tälern, schattigen Ruheplätzen und lieblichen Seen macht einen unergeschlichen Eindruck. Vögel in allen Farben flattern umher. Am meisten Spaß machten mir allerdings die Affen, wovon nur die kleineren Arten hier vertreten waren. In kleinen Trupps kauften sie in einigen Bäumen, neckten sich und vollführten einen Weidenlärm. Sobald man sie eine Weile beobachtet, wurden sie ruhig und betrachteten wohl, was sie mit dem fremden Zuschauer anfangen sollten. Es dauerte auch gar nicht lange, da waren sie sich einig. Ein Hagel von Nüssen, Holzstücken und Rosts prasselte auf mich nieder, daß ich schließlich retirieren mußte. Am zweiten Tage besuchte ich die Stadt. Durch die Hauptstraße vorbei an eleganten Villen und an prächtigen Gärten führt der Weg nach Malais-Street, der Vorstadt und dem Eingeborenenviertel. Ein reges Leben und Treiben herrscht hier auf den Straßen, woselbst sich das ganze öffentliche Leben abspielt. Schuster, Schneider, Barbiers, Fischer, alles arbeitet auf der Straße. Sogar Garküchen befinden sich im Freien und verbreiten einen jählich unangenehmen Duft. Auch eine Markthalle nach europäischem Muster befindet sich hier, in welcher allerlei Wassermannische Gestalten, meistens Sindhinesen, ihre tragwürdigen kulinarischen Genüsse feilbieten.

Ich wanderte nun langsam wieder nach dem Hafen zurück, vorbei an den vielen Limonadenhändlern, welche eine schmutzige-grüne, pomadig schmeckende Flüssigkeit feilboten. In einer der Hauptverkehrsstraßen ist eine deutsche Wirtschaft. Da nahm ich

sonders die Frage des Zusammenschlusses der Portefeuller und Sattler. Bereits in Köln 1909 wurde dieser Wunsch ausgesprochen, obse doch etwas geschehen wäre. Wenn der Feitall der Sache und nicht dem Heber galt, darf man sicher hoffen, daß auch diese Frage einer baldigen Lösung entgegensteht.

Eine Gefahr für die Rechtsgeltung der Tarifverträge im Arbeitsverhältnis.

Wie nicht anders zu erwarten, haben fast sämtliche Gewerkschaftsblätter von dem Urteil des Kammergerichts in Sachen der Lederwarenfirmen Kautzin gegen den Verband der Sattler und Portefeuller Kritik genommen und übereinstimmend den Urteilspruch als einen Rechtsbruch oder Rechtsirrtum bezeichnet. Trotzdem die launzierende Unternehmerorganisation durch ihren Vorstand erklärte sich, daß alle Mitglieder sich verpflichtet haben, bis zum Ablauf des Tariffs sich nicht an die Bestimmungen zu halten, können einzelne es sich nicht verlegen, bei Verhellungswegen Abheilung geringfügiger Differenzen gönnerhaft zu erwidern: „Eigentlich brauchen wir jetzt überhaupt nicht mehr uns an den Tarif zu halten, denn wir haben ihn ja nicht unterschrieben. Unser Verein kann absehen, was er will, es hängt von unserm guten Willen ab, den Bestimmungen des Tariffs nachzukommen oder nicht.“ Absehen davon, daß diese Äußerungen auf uns nur den Eindruck machen, als ob es solchen Unternehmern niemals ermit mit der Facitene war und sie gegebenenfalls sich nicht scheuen, ebenso wie die Firma Valentin zu verfahren, stellen wir ihnen frei, nach berühmten Mustern zu handeln. Wir werden trotzdem unser Ansehen als vertragsreue Organisation wahren und unsere Mitglieder um gleichen Sinne beeinflussen. Eine andere Frage allerdings wird es sein, ob wir in Zukunft auf solch wackeliger Basis neue Tarifverträge abschließen.

Die „Wiltbauer-Zeitung“, die ebenfalls zu dem Urteilspruch des Kammergerichts Stellung genommen hat, empfiehlt nun einige Vorkehrungsregeln bei Tarifverträgen, die wir unseren Lesern gern bekanntgeben, ohne den Optimismus des Artikelredakteurs zu teilen. Die Frage: „Wie ist in Zukunft solchen Rechtsfällen vorzubeugen?“ beantwortet sie wie folgt:

„Vor allen Dingen geht aus den Entscheidungsgründen des Berliner Landgerichts hervor, daß der juristische Standpunkt in neuerer Zeit sich gegen früher nicht gerade verbessert hat, was bedauerlich ist, denn es kann dadurch nicht immer den Bestimmungen des Tariffs die nötige rechtliche Geltung verschafft werden. Dennoch zeigt sich die erfreuliche Fortentwicklung, daß Tarifverträge im Gegensatz zur Vergangenheit immer seltener werden. Dies liegt vor allem an der Wahrung, an der klaren, prägnanten Form der Tarifbestimmungen. Mit dieser notwendigen Voraussetzung erfüllt, so kann ein solcher zivilrechtlicher Antrag, wie hier in dem Falle der Arbeiter der Berliner Lederwarenfirmen, selbst dann nicht stattfinden, wenn die Firma vor Ablauf der Tarifperiode sich unter Tarifbruch vom Tarifvertrag löst.“

selbstverständlich einen Schoppen echt Münchener aus Hamburg zu mir, und neu gestärkt strebte ich meinem Ziele zu. Viel an Schlafen war in der Nacht nicht zu denken, denn die Nächte sind schwül und drückend und die Mollitos peinigten den Menschen bis aufs Blut. Da ist es am besten, man bleibt an Deck und raucht eine Zigarette. Von Langereweis war nichts zu spüren. Ein Schiff nach dem anderen fuhr in den Hafen ein oder verließ ihn wieder. Händler machten die ganze Gegend unsicher. Am meisten wurden Papageien und Affen verhandelt. Es befand sich bereits eine ganze Menagerie an Bord. Fast jeder hatte sich einen Affen gekauft, wovon die meisten beim Klimawechsel eingingen.

IV.

Wieder beanden wir uns auf hoher See. Der Kurs ging jetzt nördlich. Wir berührten die felsige Küste von Annam mit der Hauptstadt der französischen Kolonie „Saigon“. In der Nähe der Küste schwamm eine Riesenschildkröte, welche jedenfalls auf Raub ausging und sich dabei etwas zu weit vom Festland entfernt hatte. Im chinesischen Meere wurden wir durch die Ausläufer eines Tiffuns etwa 125 Seemeilen östlich aus dem Kurs geworfen. Deshalb mußte vorsichtig gefahren werden. Zuletzt gab es noch dichten Nebel. Da galt es für unseren Schiffsführer, alle Kräfte anzustrengen. In kurzen Abständen brüllte das Nebelhörn, so daß das ganze Schiff zitterte. Endlich 8 Tage nach der Abfahrt von Singapur teilte sich der Nebel und das Meer beruhigte sich. Nach zehntägiger Fahrt kamen wir in Hongkong an. Es ist dies eine Insel, welche der chinesischen Provinz Kanton, mit der Hauptstadt

Hier ein paar Winterformen für zwingende Rechtsverbindlichkeit aus den Jahren 1904-1906. In dem ersten Vertrag, dem der Hildbruder, heißt es unter Punkt 9, Organe zur Festlegung und Durchführung des Tariffs unter C. Schiedsgerichte: „Die Mitglieder der Schiedsgerichte sind verpflichtet, in den für die Schiedsgerichte zuständigen Fällen die tariflichen Urzungen anzurufen. Die Entscheidung dieser Urzungen in für die betreffenden Mitglieder unbedingt verbindlich.“ Bei den Metallschlägerern von Nürnberg heißt es im § 12 noch zwingender: „Für die richtige Einhaltung der Bestimmungen gegenwärtiger Tarifgemeinschaft garantieren in allen ihren Teilen Arbeitgeber wie Arbeitnehmer; erstere vertreten durch die Hildbruder und Werbetungsgenossenschaft der Metallschlägermeister Nürnberg, letztere durch den Deutschen Metallarbeiterverband.“ Der Ton anscheinender zwingender Ehrlichkeit läßt keinen Zweifel aufkommen, daß die in § 17 des Würgerl. Gewerksbundes für die Vertragsauslegung als Verlehrsätze festzulegenden Eigenschaften: Treu und Glauben nicht gebrochen werden.

Am Tarif der Zivil- und Militärärzte sind die Maßnahmen des Tarifauslasses zur Durchführung des Tariffs, gleich den beiden vorhergehenden Tarifen, geändert angefügt, und zwar mit dem zivilrechtlichen Einmischungs verbunden, denn die Vereinbarungperiode auf 5 Jahre schließt: ... erstens den Vertrag vom heutigen Tage (27. März 1903) bis zum 1. Februar 1908 für sich als rechtsverbindlich an und verpflichtet sich, den zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beschlossenen Arbeitsvertrag in seinem Geschäft einzuführen und sich der gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Tarifkontrollkommission zu unterstellen. Ob, wie im letzten Tarife vorgegeben, die paritätisch gewählten tariftreuen Pringipals und Gehilfenmitglieder der vertragsschließenden Parteien zur Auslegung der tariflichen Bestimmungen — bei der erforderlichen Klarheit kann es eigentlich gar keine Zweifel geben — wie zur Schlichtung irgendwelcher sich ergebenden Streitigkeiten in einem Schiedsgericht oder aber in einer Tarifkontrollkommission zusammenkommen, ist lediglich formale, wie auch die Stärke der Schlichtungskommissionen von 4 Personen bei den Lichtdruckern bis hinauf zur Zahnrechnerkommission des Baugewerbes, entsprechend der wesentlich höheren Arbeiterzahl.

Ehe übrigens die Gewerbegerichte auf Grund der Gewerbeordnung entstanden, gab es schon vom Anfang der 60er Jahre an in Solingen vordringend und schlichtend wirkende Vergleichskammern, die so gut sich bewährt haben müssen, daß sie in ihrer Parität für die später entstandenen Gewerbegerichte vorbildlich wurden und bis heute noch nebener bestehen.

Mit dem Tage des Zustandekommens eines Tariffs beginnen die Verpflichtungen für beide Teile, und ob darin Bestimmungen enthalten sind über das Alter der Mitglieder, oder ob darin die Arbeitsleistung zahlenmäßig normiert ist, ist eine reine Zweckmäßigkeitfrage. Weicht eine Firma Tarifbruch, dann ist es ihr nur mit Gewalt der Entlassungsandrohung möglich, den Tariflohn zu drücken. Ein Recht dazu steht ihr ideell nicht zu.

Kanton, vorgelagert ist, Die Stadt Victoria, welche auf der Insel liegt, ist an dem Weimbang des Viktoriaberges terrassenförmig aufgebaut. Sebenswert ist die Zahnradbahn, welche aus 800 Meter hoch auf den Berg brachte. Ich wäre gern noch etwas weiter hinaufgegangen, aber es war verboten, da sich auf dem Gipfel ein Fort befindet. Lebensmittel sind erstaunlich billig. Eier zum Beispiel erhält man eine ganze Mandel für 10 Cent (22 Pf.).

Bei der Abfahrt hatten wir wieder schlechtes Wetter. Da blieb man am besten unter Deck. Ich war der Seefahrt, so schön sie auch war, müde und sehnte mich als Landratte nach festem Boden. Deshalb begrüßte ich mit Freunden, daß wir unserem Ziel immer näher kamen. Es wurde auch von Tag zu Tag kühler und zuletzt mußte man wieder die Winterlachen hervorholen. Wir hatten zwar immer noch eine erträgliche Temperatur, aber man war von den Tropen her zu sehr verwöhnt. Endlich nach einer 48 Tage dauernden Fahrt sahen wir den Bau-schan, ein Gebirge so hoch und groß wie der Berg, und erreichten damit auch das Endziel unserer Reise. Vor uns lag der Ort, wo wir uns 2 Jahre aufhalten mußten, um dann denselben Weg, den wir gekommen, wieder zurückzufahren. Sollte ich genügend Mittel besitzen, so würde ich mir die Erlaubnis eingeholt haben, zurück die Route über America zu benutzen, dann hätte ich die ganze Welt umfahren. So mußte ich mich damit begnügen, was mir geboten war.

Es war zu schön gewesen, Es hat nicht sollen sein.

dem vom Tage des Tarifabschlusses an wird der von beiden Kontrahenten festgesetzte niedrigste Lohn mit samt den übrigen Arbeitsbedingungen bis zum nächsten Tarifabschluß ortsbüchlich für den Beruf, und bildet bei etwa zu niedrig angelegten Abschreibungen für Sonderarbeiten die Grundlage der Berechnung. Als moralisches Abschreckungsmittel haben die Glaser in ihrem Vertrag für Tarifbruch eine Konventionalstrafe festgesetzt, und die Parteienbodenleger solchen dasjenige Mitglied aus, welches dem Vertrag zuwiderhandelt, und verpflichtet sie weiter, den nicht dem Tarifvertrage angehörigen Arbeitgeber keine günstigeren Bedingungen zu gewähren.

Da ein Tarif ein kollektiver Vertrag ist, der für die Gesamtheit der Organisationen am Orte als Lokaltarif oder aber für den über das ganze Land sich erstreckenden Zentralbereich als Reichstarif gilt, die Arbeitsbedingungen usw. regelt, so ist damit jeder Zweifel zerstreut, daß niemals für den rechtsverbindlich durch die Vertreter der Kontrahenten unterzeichneten Kollektivtarifvertrag außerdem noch eine Vollmacht vom Einzelmitglied notwendig ist. Deshalb ist die Auffassung des Berliner Landgerichts mit dem Ergebnis des subjektiven Willensausdrucks einer Vollmacht mehr dem Auftrag zum Abschluß eines Einzelvertrages angepaßt und darum in Hinsicht auf den wirklich im Original vorliegenden klaren Kollektivvertrag der Portefeullier ein Rechtsirrtum.

Nach unverständlicher wird die Begründung, mit der die Berufung gegen das Landgerichtsurteil verworfen wurde: weil der Tarif nicht durch jedes einzelne Mitglied als rechtsverbindlich unterzeichnet. Mag der Tarif der Portefeullier in seinem Wortlaut vielleicht Wünsche offen lassen, es genügt, angesichts der Verwertung durch das Kammergericht daran zu erinnern, daß eine große Anzahl Tarife vorliegt, die, wie in unserem Verufe der in Berlin am 18. Februar 1905 abgeschlossene, die typisch gemordene Unterschrift zeigen:

Für die Kreis-Vereinigung der Inhaber von Bildhauer- und Stuckgeschäften, Berlins und Umgegend. (Unterschriften.)	Für den Zentralverein der Bildhauer Deutschlands, Verwaltungssitz Berlin. (Unterschriften.)
---	---

Daneben befindet sich dann noch die andere Form der Reichsschlager (siehe oben): § 15. Obige Vereinbarungen erkennen durch Unterschrift an: Folgend die Namen der Vertreter der Prinzipale und Gehilfen.

Wirden wir von unseiner kleinen Organisation auf die größten, fast eine halbe Million erreichenden Verbände, so kann einem ob dieser Unterschriftenvorschrift fast schwindlig werden. Wie beiseiden gegen diese Forderung und Begründung wirkt doch da der Artikel 44 der preussischen Verfassung, der da lautet: „Die Minister des Königs sind verantwortlich. Alle Regierungsgeschäfte des Königs bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.“ So stellt auch nach Dr. Baum der Tarifvertrag zwischen den Schlägereibekleidern und dem Metallarbeiterverband das Muster eines wirklich zivilrechtlichen Vertrages dar, der, da es sich nur um einige Goldschlagermeister handelt, von allen unterzeichnet ist, aber zugleich auch für die Arbeiter als Angehörige einer Korporation verbindlich ist.

Wir stimmen da ganz mit Prof. Voßmar überein: „daß es unzulässig sei, den Tarifvertrag durch entgegenstehende Abreden zu treffen“. Gerade im Anschluß an die Meinung des berühmten Rechtslehrers ist nur nochmals zu wünschen, daß alle Tarifverträge klar in der Abfassung, moralisch zwingend in der Schlußfolgerung und in Hinsicht auf das Gelingen der Bestimmungen sind, damit in künftigen zivilprozessualen Rechtsfällen ein schneller, den Vertrag erhaltender und nicht behinderender Spruch erfolgt.“

Wie oben schon bemerkt, bietet uns die Anwendung dieser gutgemeinten Vorschläge keinerlei Gewähr, daß die Rechtsprechung darauf Rücksicht nehmen wird. Denn auch unter Vertrag, der auf den zuständigen Gewerbebezirk hinterlegt worden ist, sieht vor, daß alle Bestimmungen ortsbüchlich sind. Die Schlichtungskommission ist eine Institution gemäß der Zivilprozessordnung §§ 1025 bis 1048. Ihre Entscheidungen sind rechtsverbindlich und vollstreckbar. Vertragsverträge können mit Geschäften gehandelt werden, für welche die Organisationen haften. In dem Vertrage ist ausdrücklich vorgesehen, daß die Mitglieder beider Organisationen verpflichtet sind, den Vertrag während seiner Geltungsdauer strikte innezuhalten (§ 11 Abs. 5). Sondervereinbarungen sind unzulässig (§ 11 Abs. 2). Die Originalverträge sind auch in der vorgeschlagenen Form unterzeichnet, also alle erdenklichen Vorkehrungsmaßnahmen sind getroffen worden, trotzdem das Urteil.

Die beste und einzige Sicherung ist und bleibt die gewerkschaftliche Organisation, der alle Berufsgenossen angehören und die darauf bedacht sind, mit Energie ihre Rechte wahren zu wollen, wonach sich unsere Kollegen richten mögen.

Aus dem Jahresbericht 1912 der Generalkommission.

In Nr. 18 des „Correspondenzblatt“ gibt die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ihren Jahresbericht und damit eine Auseinandersetzung und kritische Beleuchtung aller die Arbeiterbewegung interessierenden Fragen. Einleitend wird auf das immer wilder werdende Geschrei der Schatzmacher im Unternehmerlager nach Ausnahmegeetzen gegen die Gewerkschaften hingewiesen, was einerseits als ein Zeichen für die ständig wachsende Macht der Gewerkschaften, andererseits als Zeichen für den schwindenden Glauben an die eigene Kraft der organisierten Unternehmer anzusprechen ist. Die Ausprägungsmittel hat ihnen die erhofften Erfolge nicht gebracht.

Die Unternehmer mußten sich zu einem für die Arbeiter durchaus ehrenvollen Friedensschluß bequemen und die verhassten Gewerkschaften anerkennen. In größeren Ausprägungen kam es in der Porzellanindustrie, im Schneidergewerbe und in der Metallindustrie. Die Kämpfe in der Porzellan- und Metallindustrie wurden durch direkte Verhandlung zwischen Unternehmer und Arbeiterorganisationen beendet; der Kampf im Schneidergewerbe durch Schiedsspruch. In allen Fällen haben die Unternehmer nicht unerhebliche Zugeständnisse an die Arbeiter machen müssen.

Der bedeutendste Kampf des Vorjahres war der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier, der infolge des in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung einzig dastehenden unerhörten Verrats der christlichen Gewerkschaften und des zügellosen Terrorismus, der in dem von Polizei und Militär überfluteten Streikgebiet gegen die Streikenden ausgeübt wurde, schon nach einwöchiger Dauer erfolglos abgebrochen werden mußte.

Unterstützt von den christlichen Gewerkschaftsführern setzte eine unehrliebe Hebe gegen die freien Gewerkschaften ein. Die unter dem Terrorismus wirtschaftlicher und ökonomischer Gewalten leidenden gewerkschaftlichen Organisationen wurden des Terrorismus gegen Arbeitswillige beschuldigt, zu deren Schutz man verschärfte Strafbestimmungen, insbesondere ein gezieltes Verbot des Streikkostennehmens verlangte. Dem Einfluß der Unternehmer gelang es, die gesetzgebenden Körperschaften mehrerer Bundesstaaten mobil zu machen, so daß in Hamburg, Sachsen und Preußen von den Parlamenten an die Reichsregierung die Aufforderung gerichtet wurde, die Strafbestimmungen gegen die Gewerkschaften zu verschärfen.

Immer häufiger bemühen sich irreführende Staatsanwälte, die Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu stempeln. Die christlichen nationalen Gewerkschaften, die Kriegsgewerkschaften, die Arbeitgeberorganisationen usw., die alle in viel weitgehenderem Maße zu politischen Tagesfragen Stellung nehmen und offen den Kampf für bestimmte politische Parteien führen, läßt man dagegen ungeschoren. Wie sehr in Deutschland mit zweierlei Maß gemessen wird, geht auch aus dem Verhalten der Aufsichtsbehörden und der Gerichte gegen die Innungen hervor. Zahlreiche Innungen sind dazu übergegangen, ihren Mitgliedern zu verbieten, Tarifverträge abzuschließen, und zwar unter Androhung einer Strafe von 20 Mk. für jeden Tag, an dem der Tarifvertrag aufrechterhalten wird. Andere Innungen bestrafen diejenigen ihrer Mitglieder, die sich weigern, dem Reichsliste der Unternehmerorganisation gemäß ihre Arbeiter auszusperren. Daß ein solches terroristisches Vorgehen gegen § 153 der Gewerbeordnung verstößt, unterliegt keinem Zweifel. Trotz mehrfacher Strafanzeigen hat sich bisher aber noch kein Staatsanwalt gefunden, der gegen diese Gesetzesverletzung eingeschritten wäre.

So sorgen unsere Gegner mit anerkennenswerthem Eifer dafür, immer von neuem den Beweis zu führen, daß wir in einem Klassenjante leben und die von der Verfassung gewährleistete Rechtsgleichheit in Wirklichkeit der Arbeiterklasse gegenüber nicht vorhanden ist.

Der neue Reichstag hat bisher auf sozialpolitischem Gebiete nichts geleistet, wenn man von den überaus zahlreichen Resolutionen zum Etat absieht. Solche Resolutionen sind von allen Parteien in großer Zahl eingebracht und vom Reichstag angenommen worden.

Von dem Leipziger Gewerkschaftsartikell wurde angeregt, ob es nicht angebracht sei, daß sich die Gewerkschaften an der Internationalen Warenausstellung in Leipzig beteiligen. Wir rücken auf die Behandlung, die den Gewerkschaften von dem Direktorium der Hygieneausstellung in Dresden zuteil geworden war, wurde die Beteiligung an der Internationalen Warenausstellung, die wiederum in Sachsen stattfindet, ohne weiteres abgelehnt. Erst als die Generalkommission von neuem darum angegangen wurde und das Ausstellungsdirektorium die Garantie gegeben hatte, daß sich Vorgänge wie in

Dresden nicht wiederholen könnten, wurde die Beteiligung beschlossen.

Die proletarische Jugendbewegung hat in der Berichtszeit, die wegen der Forderung des Geschäftsjahres nur 9 Monate umfaßt, gute Fortschritte gemacht, obwohl sie von Staat, Gemeinde und Unternehmern in der stumpellosesten Weise bekämpft worden ist.

Zur Förderung der Agitation in den schlecht organisierten Bezirken werden seit Jahren Agitationskommissionen, Arbeitersekretariate oder Gewerkschaftssekretariate seitens der Generalkommission finanziell unterstützt resp. von dieser die erforderlichen Notizen vollständig gedeckt. Zu den bisherigen Einrichtungen dieser Art ist nunmehr ein Gewerkschaftssekretariat für das lothringische Industriegebiet mit dem Sitz in Metz getreten. In diesem Gebiet entwickelt sich eine Industrie, die in kurzer Zeit in bezug auf Ausdehnung und Leistungsfähigkeit der gleichartigen Industrie in Rheinland-Westfalen und Oberfranken mindestens ebenbürtig sein wird. Schon heute werden große Arbeitermassen in dem neuen Industriegebiet beschäftigt. Die Agitation für die gewerkschaftliche Organisierung dieser Massen wird dadurch erheblich beschwert, daß die beschäftigten Arbeiter zum großen Teil mit französisch oder italienisch sprechen. Es mußte deshalb ein Gewerkschaftssekretariat angeheilt werden, der die französische Sprache vollständig beherrscht. Da der bisherige Arbeitersekretär in Saarbrücken dieser Anforderung entsprach, so wurde er für diesen Posten gewählt. In dem Sekretariat in Saarbrücken ist infolgedessen eine Veränderung eingetreten, als der Bergarbeiterverband einen erheblichen Teil der Kosten für das Sekretariat übernommen hat. Dafür stellte er die Anforderung, daß der neu einzustellende Sekretär aus Bergarbeiterkreisen einmünden wird, weil seine Haupttätigkeit die Verarbeitung der Rechtsangelegenheiten der Bergarbeiter ist. Diefem Wunsch des Bergarbeiterverbandes wurde Rechnung getragen.

Von den Statistiken, welche im Bureau der Generalkommission regelmäßig bearbeitet werden, hat nur die Streikstatistik infolge einer Erweiterung erfahren, als nämlich auch für die Lohnbewegungen eine Heberisch nach Bundesstaaten und Provinzen geordnet, gegeben wird. Die sehr umfangreiche und zeitraubende Arbeit des Vergleichs der Ergebnisse der amtlichen mit denen der gewerkschaftlichen Streikstatistik muß vorläufig noch weiter gemacht werden. Obgleich Jahr für Jahr nachgewiesen wird, daß die amtliche Statistik unvollständig und unrichtig und deshalb ohne wissenschaftlichen Wert ist, daß sich das Reichsamt des Innern zu einer Veränderung nicht entschließen können. Bei der jetzt abgeschlossenen Etatsberatung hat zwar ein Regierungsvertreter in der Budgetkommission erklärt, daß eine Veränderung in der Aufnahme der amtlichen Statistik erfolgen werde, doch ist nicht bekannt, welcher Art diese Veränderungen sein und wann sie eintreten werden. Von dem Reichsstatistischen Amt ist eine Statistik über den Umfang der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung aufgenommen worden. Von ten Verbändenverbänden wurde das erforderliche Material bereitwillig geliefert. Es wäre dringend notwendig, daß seitens des Statistischen Amtes auch festgestellt wird, inwieweit die Arbeitsnachweise der Unternehmerorganisationen unrechtmäßigerweise mit großen Zahlen über die Vermittlung operieren. Vielfach sind diese Arbeitsnachweise nur Kontrollstellen. Die Arbeitsvermittlung erfolgt durch andere Stellen, jedoch sind die Arbeiter dann gewonnen, vor Eintritt der Arbeit sich bei dem Unternehmer nachweisen zu melden. Diese Meldung, die mit der Arbeitsvermittlung nichts zu tun hat, sondern bezweckt, die Arbeiter einer Kontrolle über ihre Gewinnung und Organisationszugehörigkeit zu unterwerfen, wird dann als Arbeitsvermittlungsfall gebucht. Diefem Umzug sollte durch genaue Prüfung der Zahlenangaben der Unternehmer nachweise seitens des Statistischen Amtes geübert werden.

Die gewerkschaftlichen Unterrichtsursche sind im Herbst 1912 wieder aufgenommen worden. Der erste Kursus fand statt in der Zeit vom 7. Oktober bis 16. November 1912 und war von 72 Teilnehmern besucht.

Um den Arbeiterfreireidern Gelegenheit zu geben, sich mit dem durch die Reichsversicherungsordnung erheblich geänderten Recht der Arbeiterversicherung besser und schneller vertraut zu machen, wurden zwei Unterrichtsursche für Arbeitersekretäre in der Zeit vom 18. April bis 15. Mai und 8. bis 29. Juni 1912 abgehalten. An denselben nahmen 32 bzw. 30, zusammen 62 Arbeitersekretäre teil.

Das „Correspondenzblatt“ ist mit Beginn des Jahres 1912 durch die Herausgabe der „Arbeiterrechts-Beilage“, die bis Ende Juni im Umfange von je 8 Seiten, von da ab aber 16seitig erschien, erweitert worden. Die „Arbeiterrechts-Beilage“ hat die Aufgabe, in erster Linie der Rechtspraxis der Gewerkschaften zu dienen und möglichst volleklärung über die Anwendung des Rechts auf allen Gebieten

zu schaffen. Ob die Neueinführung der Reichsversicherungsordnung mit ihrer gewaltigen Fülle neuer Rechtsfragen zur Herausgabe dieser Beilage den unmittelbaren Anstoß, so drängte zu diesem Schritt nicht minder die sich täglich schärfer geltende Praxis auf dem Gebiete des Koalitions-, Vereins- und Strafrechts, aus welcher wir die Waffen zur Verteidigung des Koalitionsrechts gegen die in Valde zu erwartenden Angriffe schmieden müssen. Ebenso machten die wachsenden Komplikationen der rechtlichen Behandlung der Tarifverträge die Schaffung eines Organes notwendig, das sich eingehender mit den sich aus dieser Entwicklung ergebenden Konsequenzen beschäftigen kann, als es bisher im „Correspondenzblatt“ möglich war. Es ist indes nicht beabsichtigt, in der „Arbeiterrechts-Beilage“ sozialpolitische Fragen zu erörtern oder aus der Rechtspraxis sozialpolitische Schlussfolgerungen für die Meinung der Gesetzgebung zu ziehen —, das soll noch vor dem „Correspondenzblatt“ vorbehalten bleiben. Das gegebene Recht in möglichst weiten Grenzen für die Arbeiter nutzbar zu machen, dieser Aufgabe soll sich die „Arbeiterrechts-Beilage“ vor allem widmen. Ein besonders eingehend ausgearbeitetes Jahresinhaltsverzeichnis erleichtert das Studium dieser neuen Rechtsammlung ganz wesentlich. Die bisherige Entwicklung derselben und die stetig wachsende Beachtung, deren sie sich in allen Kreisen der Rechtspraxis erfreut, berechtigen uns zu der Hoffnung, daß sie diese Aufgabe erfüllen wird.

Zusolge der speziellen Behandlung aller Rechtsfragen konnte auch dem gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Inhalt des „Correspondenzblattes“ ein größerer Raum gewährt werden. Die statistischen Beilagen, Literaturbeilagen und Adressenbeilagen sind mit Sorgfalt bearbeitet worden. Die Zahl der Mitarbeiter des Blattes ist ständig im Wachsen begriffen und legt Zeugnis ab von der Wertschätzung, deren sich unser Blatt in allen Gewerkschaftskreisen erfreut. Die Auflage des Blattes betrug Ende 1911: 28 400, Ende 1912: 30 000 Exemplare. Dazu kommt eine Sonderausgabe der „Arbeiterrechts-Beilage“ für die Arbeitervertreter in den Instanzen der Sozialversicherung usw., die an die Gewerkschaftsstellen auf Bestellung zur Weiterverteilung an die genannten Bezirke expediert wird. Diese Sonderausgabe betrug am Jahresabschluss 5000 Exemplare.

Zur Förderung der Agitation unter den Arbeiterinnen ist im Berichtsjahre vom Sekretariat ein Flugblatt: „Allen Kolleginnen zur Beachtung!“ herausgegeben worden, das bereits in einer Auflage von 400 000 Exemplaren Verbreitung gefunden hat. Weiter ist eine Verbreitung des Hausarbeitsgesetzes in einer kleinen Broschüre erfolgt, die in leicht verständlicher Weise das Wesen und die Bedeutung des Hausarbeitsgesetzes erläutert. Mitteilungsblätter für die Durchführbarkeit des Gesetzes gibt und gleichzeitig agitatorisch wirkt. Die Schrift hat bisher in 74 000 Exemplaren Abzug gefunden.

Die Abrechnung für das Jahr 1912 weist gegen die des Jahres vorher eine nicht unbedeutende Steigerung der Einnahmen und Ausgaben nach. Die Mehreinnahme von 43 352,35 Mk. ist zurückzuführen auf die Zunahme der Mitgliederzahlen der Verbände und auf einen größeren Zinsgewinn. Die Mehrausgabe beläuft sich auf 60 838,63 Mk. Der größte Teil davon 37 433,99 Mk., entfällt auf Agitation, während sich der Rest der Mehrausgabe auf die drei von der Generalkommission herausgegebenen wöchentlichen Zeitungen und die Sozialpolitische Abteilung verteilt. Die Mehrausgabe für das „Correspondenzblatt“ beträgt allein rund 10 500 Mk., die im wesentlichen dadurch entstanden ist, daß dem „Correspondenzblatt“ eine neue, die „Arbeiterrechts-Beilage“ beigegeben wurde.

An den Bericht der Generalkommission schließt sich der Jahresbericht des Zentral-Arbeiterssekretariats. Diefem wurden im Jahre 1912 zusammen 2343 Sachen zur Vertretung überwiesen. Davon waren Unfallsachen 1994, Invalidensachen 135, Anpflanzsachen 30, Zivilsachen 6. Von den 1994 Unfallsachen fanden eine günstige Erledigung 796, eine ungünstige 1198, darunter befanden sich 361 Fälle, in denen die Vertretung von vornherein abgelehnt wurde. Bei den 135 Invalidensachen wurde in neun Fällen die Vertretung abgelehnt. In der Berufungsinstanz wurden 10 Fälle erledigt, davon nur einer endgültig mit Erfolg. Die 116 Revisionsachen hatten folgendes Ergebnis:

Es wurde auf das Rechtsmittel des

Beschreibung	Zahl der Fälle	Verurteilung
die Revision zurückgewiesen.	12	53
der Revision stattgegeben	4	3
die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Oberversicherungsamt zurückgewiesen.	18	23
die Revision zurückgenommen	—	3

Sitzung des Schiedsgerichts für die Berliner Militäreffektenbranche.

Das am 22. April ds. Jrs. unter dem Vorsitz des Magistratsrats Dr. Maguhn in den Räumen des Berliner Oberverwaltungsamtes abgehaltene Schiedsgericht verneinte die Frage, ob die Firma Emile de la Croix, Inhaber Eckard, für das Nähen mit der Hand der Schieber zu den Tragegurten, Position 58 des Affordtarifs, eine besondere Vergütung zu verrichten hat?

Die Arbeitnehmer behaupten, die Firma habe die Schieber für die unter Position 58 des Tarifvertrages aufgeführten Tragegurte früher mit der Maschine nähen lassen und für die Anfertigung des Gutes 1,95 Mk. bezahlt. Durch Vermittlung der Veresverwaltung müßten diese Schieber jetzt mit der Hand genäht werden; dadurch entstünde dem Affordarbeiter eine Mehrarbeit, die sie mit 10 Pf. pro Stück bewerten. Der Inhaber der Firma, Herr Eckard, wiegere sich aber, diese Mehrarbeit zu vergüten; er wolle vielmehr nur den Tariflohn von 1,95 Mk. weiter zahlen. Da aber nach § 10 des Tarifvertrages bessere Arbeitslöhne nicht verschlechtert werden dürfen, beantragen sie, die Firma anzuhalten, für jeden Tragegurt mindestens 1,10 Mk. Arbeitslohn zu zahlen. Der Inhaber der beklagten Firma, Herr Eckard, gibt zu, daß das Handnähen der Schieber eine Mehrarbeit erfordere, bestritt aber, verpflichtet zu sein, über den festgesetzten Preis des Tarifes zahlen zu müssen. Er habe lediglich irrtümlich nach Abschluß des zurzeit geltenden Tarifes die Schieber mit der Maschine nähen lassen, während in anderen Betrieben diese Arbeit durchweg mit der Hand hergestellt wurde und trotzdem nur 1,95 Mk. gezahlt werde. Unzeitig wurde vor Abschluß des jetzigen Tarifes für die in Rede stehende Arbeit ein geringerer Lohn gezahlt.

In der zweiten Sache handelt es sich um das Nieten des Steges für die Karabinerfutternale, Position 91 des Tarifvertrages, gegen die Firma P. L. & Co. Die Arbeitnehmer behaupten, bei dem Tarifabschluss sei bei dieser Position die hervorgerufene Mehrarbeit auf 60 Pf. bewertet worden, ohne das Nieten der Stege. Die Firma Wunderlich, Inhaber Radhaus, habe diese Futternale feinerzig zunächst in Lohn arbeiten lassen und hierauf den Affordpreis aufgestellt. Da aber die vorerwähnte Firma das Nieten heute noch in Lohn bewirke und den Preis hierfür nicht vom Affordlohn abziehe, sei anzunehmen, daß das Nieten der Stege nicht zum Afford gehöre. Sie beantragen daher, die Firma P. L. & Co. zu verurteilen, das Nieten der Stege besonders mit 3 Pf. pro Stück zu vergüten. Die Firma beantragte Abweisung und behauptet, das Nieten des Steges sei im Affordpreis von 4,00 Mk. mit eingegriffen. Es wurde hierauf beschlossen, bei der Firma A. Wunderlich Wäflig, Inhaber Radhaus, hier, Wilhelmstr. 22, anzufordern, ob feinerzig bei Abschluß des Tarifvertrages bei der Erhöhung des Satzes von 4,00 Mk. auf 4,50 Mk. in Position 91, auch das Nieten des Transparentes bereits mit berücksichtigt worden ist. Herr Radhaus wird gebeten, gleichzeitig eine schriftliche Äußerung der Sattler Felde und Faulmann über diesen Punkt herbeizuführen.

Abdruck der Antwort soll alsdann Herrn Peder, hier, Michaelstr. 29, und Herrn Nidel überhandt werden. Die Parteien werden eventuell neue Anträge stellen.

Die Firma Wunderlich Radolger antwortete der Schlichtungskommission, daß die Transparentlederlagen im Verbindungsstück in der Zurückerei gemietet werden und ist der Preis hierfür nicht in den 4,00 Mk. enthalten.

Diese Zuschrift gibt den Arbeitern recht, wonach das Nieten der Transparenteinlagen den Affordarbeitern besonders zu vergüten oder in Zeitlohn auszuführen ist.

Streiks und Lohnbewegungen.

Erfolgreicher Streit in der Kofferfabrik Sch. Stühr u. Co., Berlin. Die Firma Heinrich Stühr u. Co. gehört zu den wenigen Firmen, welche es ablehnten, den für die Lederwarenbranche geltenden Tarifvertrag unterzeichnet anzuerkennen. Die sie leitenden Verwalter sind wohl bei Anfertigung neuer Muster freie Hand bezüglich der Lohnfestsetzung zu haben und bei ruhigem Geschäftsgang Lohnabzüge zu machen, nach dem Motto: „Wem's nicht paßt, kann gehen!“ Sie lehnte es strikte ab, die durch früheren Arbeitschluß an den Sonnabenden vorerregende Arbeitszeit den auf Zeitlohn Beschäftigten und den Affordarbeitern die Parität auf Zeitlohn zu vergüten. Vergütung für Zeitverhältnis bei Kontrollverfammlungen usw. soll nur den 1 Jahr im Betriebe Beschäftigten gewährt werden. Die Arbeiter der Firma Sch. Stühr u. Co. sind gut organisiert und gewillt, für sich dieselben Vorteile tariflich zu sichern, wie das bei den übrigen Kofferarbeitern und Täschnern der Fall ist. Nachdem eine von der Organisationsleitung mit den Inhabern angebahnte Ver-

handlung am 15. Mai ergebnislos verlief, legten sämtliche dort beschäftigten Sattler, Täschner und Hilfsarbeiter die Arbeit nieder. Die Zentralbranchenleitung machte noch zweimal den Versuch, die Herren Stühr und Weisk anzunehmen, welche dann sich auch bereit erklärten, wenn die Arbeit bedingungslos sofort wieder aufgenommen wird, zu verhandeln und mit einigen Konzessionen den Vertrag anerkennen zu wollen. Da sie über die zu machenden Konzessionen sich nicht austießen, lehnten die Ausständigen die Annahme der Arbeit ab. Die Firma gab sich die rechtliche Mühe Arbeitswillige heranzuziehen, allerdings ohne den geringsten Erfolg. Vielmehr hielten Arbeiter ihre Papiere, um in anderen Betrieben eingestellt zu werden. Am vierten Streiktage suchte die Firma nochmals um Verhandlungen nach, wobei sie erklärte, den Vertrag zu unterschreiben und einzahlen zu wollen, wenn sie die Zeitverhältnisse bei Kontrollverfammlungen usw. den Affordarbeitern nicht vergüten braucht, die weniger als ein Jahr im Betriebe beschäftigt sind. Da von circa 40 Streikenden nur drei dafür in Betracht kommen, willigten sie in diese Ausnahme. Dienstag, den 20. Mai, wurde die Arbeit aufgenommen. Solche Resultate sind überall zu erzielen, wo die Kollegenschaft gut organisiert und von einigem Willen befeuert ist.

Erfolgreiche Lohnbewegung in Reutlingen.

Nachdem die Führer der Firma J. J. Schäfer durch einmütiges Zusammenhalten eine Verbesserung der Affordsätze erzielt hatten, war es schon lange unser Wunsch, auch für die Zeitlohnarbeiter etwas zu unternehmen. Allein, da die meisten Kollegen der Organisation noch fernstanden, war es unmöglich vorzugehen. Erst in der letzten Zeit schlossen sich erfreulicherweise mehrere Kollegen uns an. Darauf wurde in einer Werkstattoberfammlg beschlossen, mit Forderungen an die Fabrikanten heranzutreten. Am 3. Mai wurde die Kommission vorstellig. Der Empfang derselben spottet jeder Beschreibung. Nachträglich wollten die Unternehmer 1 bis 2 Pf. pro Stunde zulegen. Die Kollegen gaben sich nicht zufrieden und wurde in einer weiteren Verfammlg beschlossen, unser Gauleiter soll die Sache in die Hand nehmen. Am 7. Mai wurde Kollege Ag. vorstellig, wobei die Fabrikanten bei den Verhandlungen sich bequemen, 1 bis 2 1/2 Pf. die Stunde zuzulegen. Ebenfalls bedauerten sie ihr schroffes Wesen gegenüber der Kommission. In der darauf folgenden Verfammlg beschlossen die Kollegen, sich vorläufig zufrieden zu geben. Da alle Kollegen der Organisation angehören, können wir getrost der Zukunft entgegensehen. Die Zeit wird nicht mehr fern sein, daß wir unsere beiderseitigen Forderungen durchdrücken werden. Endlich können auch die alten Kollegen, welche den Wert der Organisation erkannt haben, mit Genugtuung auf ihr Zusammenhalten zurückblicken. Bleiben die neu gewonnenen Kollegen standhaft, was wir zuversichtlich hoffen, so wird es uns ein leichtes sein, auch hier in Reutlingen weitere Verbesserungen zu erkämpfen.

Zum Streit auf den Apollowerken.

11 Wochen steht die Arbeiterchaft des Apollowertes nun schon im Kampf und es läßt sich noch nicht übersehen, wie bei der eigenartigen Haltung der Leitung des Wertes eine Einigung zustande kommen soll. Am 25. Februar hatten die Dreher, Automatenarbeiter und Schleifer ihre Forderung der Diktion unterbreitet und erbat sich bis zum 28. Februar Antwort, der Bescheid jedoch blieb aber aus. Am 3. März nahmen die Kollegen in einer Verfammlg zu dieser Sache Stellung und wählten eine Kommission. Die Kommission hatte mit der Diktion verhandelt, das Resultat war gleich Null. Jedes Schreiben wandert in den Papierkorb. Das riesige Erregung hervor, worauf die drei Abteilungen am 4. März mittags die Arbeit niederlegten. Am 11. März wurden dann die übrigen Abteilungen, weil sie Streifarbeit verweigerten, ausgesperrt. Außerdem wurde von der Leitung der Organisation der Versuch gemacht, eine Einigung in die Wege zu leiten. Jedoch in keiner Weise ist Antwort erfolgt, wo man sagen könnte, das und das will die Diktion. Allerdings erfolgte dann die Antwort am 26. März in Gestalt einer Gruppe Kazmarek-Lente, die hierhergeholt wurde.

Auf Grund der ersten Bekanntmachung, wonach die Arbeiterchaft des Wertes, soweit sie wieder Anspruch auf Einstellung macht, sich bis zum 5. April zur Arbeit melden soll, reichten am 2. April die Arbeiter ein Schreiben ein, wonach sie sich bereit erklärten, die Arbeit aufzunehmen, wenn eine Verständigung über die begehrten Wünsche erfolgt sei. Die Diktion antwortete darauf, daß die Forderung dem Aufsichtsrat unterbreitet, dieser aber dieselben als unbegründet zurückgewiesen habe. Im übrigen sei man bereit, mit einer Kommission der Arbeiter zu verhandeln. Die Verhandlung, welche am 5. April stattfand, war aber wiederum nichts weniger als eine Verhandlung, die zu einer Verständigung führen konnte. Das Fazit der Verhandlung war: Die

Arbeiterschaft hat seinen Grund zum Streifen, der Streik ist frivolo dem Staat gebrochen, wir wollen Herz im Hause sein, wir wollen eben nicht! Nun, daß sie nicht wollen, sondern nur überfordern, wohl beeinflusst durch die öffentliche Meinung, welche in der Presse und in einer öffentlichen Versammlung zum Ausdruck kam, wird dadurch bewiesen, daß am 6. April noch 25 Mann von der berüchtigten Mackarelltruppe antauchen. Ammerich aber jährt der Betrieb doch zu verhindern, das allzujüngel über das Treiben dieser Elemente im Betriebe aus Tageslicht gelangt. Es konnte auch die Streikleitung den Beweis erbringen, daß die Firma Lindw. Löwe, Reinickendorf, 12 Mann als Streikbrecher gesandt hatte. Diese haben, wie wir uns übrigens durch Augenblicke überzeugen konnten, nach einem blutigen Konflikt mit der Mackarelltruppe den Betrieb verlassen. Mit Heiterkeit wurde dieser Bericht entgegengenommen, zumal es doch nichts Mäglisches ist, daß Arbeitswillige auch streiken, die noch unter Bedingungen arbeiten, die keinen ehrlichen Arbeiter je geboten werden. Es haben ferner noch Verhandlungen stattgefunden zwischen dem Bund der Industriellen und der Organisation der Metallarbeiter, die ebenfalls ergebnislos verliefen. Als letzte Antwort erhielten wir die Nachricht, daß die Direktion des Werkes sämtliche Verhandlungen ablehne. Hiesher hatten wir in unserer Abteilung Sattlerei keinen Streikbrecher zu verzeichnen. Doch einer unserer Kollegen, Joachim Moritz, konnte es nicht über das Herz bringen, nach zehnwöchigem Streik in den Betrieb zu gehen.

Die Stimmung unter den Streikenden ist aber trotzdem eine sehr gute und hoffen wir auf eine erfolgreiche Beendigung des Streiks.

Dannover. In dem von uns in Nr. 19 veröffentlichten Bericht über die Lohnbewegung bei der Firma Grebenstein haben sich einige Irrtümer eingeschlichen, weswegen wir hiermit berichten, daß die Arbeitszeit nicht von 57 auf 56 Stunden, sondern von 53 auf 52 1/2 Stunden verkürzt worden ist. Die Stundenlöhne werden nach dem Akkordverdienst bezahlt. Warten auf Zuschnitt wird nicht bezahlt. Fertigen erhalten vier Kollegen mit einer Entschädigung von 30 Mk. und zwei Kolleginnen mit einer solchen von 20 Mk. pro Woche.

Aus unserem Beruf.

Schiedssprüche der Schlichtungskommissionen sind Revolverpflichtig. Wie wir im Laufe des vorigen Jahres berichteten, hat der Vorsteher der Schlichtungskommission für das Berliner Portefeulier- und Reiseartikelgewerbe, Magistratsrat v. Schulz, gegen die Forderung des Hauptkollektors Berlin, wonach der Schiedsspruch gegen die Lederwarenfirma Valentini mit 16 Mk. Stempelgebühren belegt werden soll, bei der Oberstaatsdirektion Beschwerde eingelegt. Diese Forderung hat das Verlangen des Kollektors für zu Recht anerkannt. Von einer Beschwerde an den Finanzminister wurde abgesehen, weil der tote Buchstabe des Gesetzes der Verwaltungsbehörden Auffassung mit der Begründung recht gibt, weil die in § 9 des Tarifvertrages der Berliner Reiseartikel- und Portefeulierindustrie eingeleitete Schlichtungskommission am 17. Februar 1912 einen Schiedsspruch folgenden Inhalts gefaßt hat: Die Verklagte ist verpflichtet, trotz ihres Austrittes aus der Vereinigung der Berliner Lederwarenfabrikanten die Bestimmungen des Tarifvertrages bis zu dessen Ablauf einzubehalten und die ihren Arbeitern seit dem 1. Januar 1912 zu wenig bezahlten Löhne nachzuzahlen.

Dieser Schiedsspruch ist in Gemäßheit des § 1030 B.P.O. ordnungsmäßig abgefakt, ausgefertigt und niedergelegt worden.

Nun hat sich folgender Rechtszustand herausgebildet: Die Steuerbehörde verlangt 16 Mk., weil das Urteil des Schiedsgerichts rechtsunwirksam ist, das Land- und das Kammergerichtsurteil besagen, sowohl der Tarifvertrag als auch der Schiedsspruch sind aus den bekannten Gründen für die Lederwarenfirma nicht bindend. In der Zeitschrift „Das Einigungsamt“ schreibt Herr v. Schulz:

„Daß dieser Rechtszustand ein höchst unerfreulicher ist, liegt auf der Hand. Fast alle Tarifverträge enthalten Schiedsklauseln. In vielen Fällen sind diese Schiedsklauseln aus den verschiedenen, hier nicht näher zu erörternden Gründen zwar unwirksam. Erst kürzlich hat das Reichsgericht im Hinblick auf § 1028 B.P.O. die in einem Tarifvertrage enthaltene Schiedsklausel für unzulässig erklärt. (Entscheidungen vom 19. XII. 1911 in Sachen des Tuchbedeckers N. N. und Genossen gegen den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Baughilfsarbeiter, abgedruckt in der Zeitschrift „Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ XVII. Jahrgang, Spalte 264 ff.)

Indessen liegt die rechtliche Unwirksamkeit derartiger Schiedsverträge fast durchweg lediglich an

der mangelhaften Abfassung der tarifvertraglichen Bestimmungen. Bei genauer Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen ist aber ein ordnungsmäßiger Schiedsvertrag meistens gegeben, dies resultiert aus § 9 des in Rede stehenden Tarifvertrages jedenfalls zu. Es liegt auch im Interesse der Tarifvertragsparteien, die Schiedsklauseln in rechtlich wirksamer Form zu vereinbaren, da andernfalls den Schiedssprüchen die Wirkung eines rechtskräftigen Urteils nicht zukommt, die Anrufung des ordentlichen Gerichts stets zu ziehen und eine Zwangsvollstreckung aus dem Schiedsspruch ausgeschlossen ist. Wenn aber derartige Schiedssprüche der Stempelpflicht unterliegen, werden die Schiedsrichter mit erheblichen Kosten belastet. Diese Belastung kann ihnen vernünftigerweise nicht zugemutet werden, und es werden daher in Zukunft auch kaum Persönlichkeiten finden lassen, welche das Amt eines Schiedsrichters zu übernehmen geneigt sind. Hierdurch wird aber gerade der Zweck der Schiedsklauseln, Streitigkeiten aus Tarifverträgen unter Ausschuß des ordentlichen Rechtsweges durch sachkundige Personen zu schlichten, vereitelt und das ganze Schlichtungswesen für das Gebiet der Tarifverträge in Frage gestellt. Da eine gesetzliche Regelung des Tarifvertrages noch in weiter Ferne liegt, so empfiehlt es sich, wenigstens den Versuch zu machen, eine Stempelfreiheit der Schiedssprüche zu erwirken.“

Als diesem Grunde ist bei dem Ausschuß des Gewerbegerichts Berlin für Vorarbeiten und Aufträge beauftragt worden:

„Dieser möge beschließen, daß das Gewerbegericht Berlin bei den beiden Säulern des preussischen Landesloges den Antrag stellt, der Tarifstelle 57 des Landesstempelverzeichnisses vom 31. Juli 1865/26. Juni 1909 folgenden Zusatz zuzufügen:

„Ausgenommen sind die Schiedssprüche, welche von den in einem Tarifvertrage eingeschickten Schlichtungskommissionen gefaßt werden.“

so daß die Tarifstelle dann folgendermaßen lauten würde:

„Stempelpflichtig sind Schiedssprüche, und zwar sowohl der händlichen Schiedsgerichte als auch der zur Entscheidung für den einzelnen Fall berufenen Schiedsrichter. Ausgenommen sind die Schiedssprüche, welche von den in einem Tarifvertrage eingeschickten Schlichtungskommissionen gefaßt werden.“

Als Landtag und Herrenhaus diese Frage zugunsten der Tarifvertragsidee im Arbeitsverhältnis erledigt haben werden, ist für Schiedssprüche der Schlichtungskommission Stempelsteuer zu zahlen, gleichgültig ob sie von den ordentlichen Gerichten als rechtsunwirksam erklärt werden.

Revolverentant. Nicht nur hohe und höchste Personen sind den Attentatsverbrechen Geistesgeörter oder sonstige krankhaft veranlagte Elemente ausgelegt, sondern auch andere gewöhnliche Menschen kann einmal dies unerwünschte Los treffen. In dem hier berichtenden Falle blieb es glücklicherweise beim Versuch. Als am 11. Mai mittags der Wertmeister Hanko von der Meisenfeldischen Taschensattler- u. Streifen- u. Kasse-Wohnung aufsuchen wollte, trat ihm im Hausflur plötzlich der 27jährige Sattler Hermann Staudte entgegen und übergab ihm einen Brief. Staudte verlangte, daß Hanko den Brief sofort lesen solle, doch erklärte Hanko, er werde diesen in seiner Wohnung lesen, und Staudte solle sich später Antwort holen. Als Hanko sich anschickte, die Treppe hinaufzugehen, sah er, daß Staudte etwas aus der Tasche zog. Im nächsten Augenblick brachte ein Schuß. Staudte hatte auf Hanko einen Revolverbeschlag abgeben, doch ging die Kugel über den ihm dastehenden Hanko hinweg in die Wand des Treppenturms, von wo sie plattgedrückt zu Boden fiel. Staudte lief, als er sah, daß der Schuß fehlgegangen war, eiligt zum Hause hinaus. Den Nachforschungen der Polizei ist es gelungen, den Revolverbesitzer zu ermitteln und ihn hinter Schloß und Riegel zu bringen. Staudte war bis letzten Sonnabend in der Meisenfeldischen Fabrik beschäftigt und dürfte das Attentat aus Mache verübt worden sein, ebenfalls ist bekannt, daß Staudte Dritten gegenüber Drohungen gegen Hanko und den Sohn des Fabrikbesitzers ausgesprochen hat und daß der Brief auch solche enthielt. Entweder ist der junge Mensch reif für eine Nerveneinklinkung oder schlechte Behandlung hat in ihm diesen verwerflichen Entschluß reifen lassen.

Ausland.

In Paris befehlen für die verschiedensten Branchen unseres Verwerkes Organisationen. Der Vertreter der französischen Organisation beklagte sich auf der Wiener Konferenz, daß die nach Frankreich kommenden Kollegen sich keiner Organisation anschließen, obwohl sie in Deutschland organisiert waren, allenfalls schließen sie sich noch dem ausländischen deutschen Kartell an. Unsere Kollegen haben sich der zuständigen Organisation auf jeden Fall anzuschließen, wollen sie nicht ihrer bisher erworbenen Rechte verlustig geben. Wollen die Pariser Kollegen aber einen dauernden Einfluß auf die Lohn- und

Arbeitsbedingungen ausüben, so müssen sie ebenso wie wir, den letzten Mann in die Organisation einsetzen. Insbesondere wurde über die Eisenbacher Portefeulier getraut. Inzwischen diese Klagen berechtigt sind, erzieht sich unter dem Namen. Der Brüsseler Delegierte brachte ähnliche Klagen vor. Auch soll es vorkommen, daß die deutschen Kollegen ihre Beiträge an ihre bisherige Erzeugnisse weniger zahlen. Auch dieses ist vollkommen unzulässig. Ein jeder Arbeiter hat sich dort anzuschließen, wo er arbeitet. Wir bitten die Mitglieder und Funktionäre, hiervon Kenntnis nehmen zu wollen.

In der Automobilindustrie der Vereinigten Staaten waren im vorigen Jahre 75721 Personen beschäftigt.

Aus Industrie und Handel.

Der Jahresbericht der Handelskammer zu Berlin ist für alle, die sich für die Gestaltung des Wirtschaftsmarktes interessieren, eine fast unerschöpfliche Fundgrube. Nur heute begnügen wir uns mit einer Auslese, soweit unser Gewerbe in Betracht kommt, und behalten uns vor, auf allgemeine Fragen später zurückzukommen.

Der Wagenbau hat, soweit Wiederbeschaffung in Betracht kommt, für Berlin fast gar keine Bedeutung mehr. Aufträge auf Coupagen gehören zu den Seltenheiten. Alles hat sich dem Automobil zugewandt, und die hiesigen Wagenfabriken pflegen in der Hauptsache den Karosseriebau. Das letzte Jahr ist hinter dem vorjährigen, dessen Ergebnis schon als recht gut bezeichnet werden konnte, nicht zurückgeblieben. Aufträge lagen reichlich vor. Besonders bestand bei den hohen Ansprüchen des Publikums an Komfort und Raumlichkeit eine rege Nachfrage nach besserer Ausführung. Die hierfür erzielten Preise waren auskömmlich. In berücksichtigen heißt aber dabei, daß fast sämtliche Materialien, besonders Leder, hart im Preise angezogen haben. Der Absatz hat sich gesteigert.

Die zunehmende Beschäftigung und die große Nachfrage nach tüchtigen Arbeitskräften führen während der kältesten Geschäftszeit in einzelnen Betrieben zu einem sechsmonatigen Stillstand, der nur durch Bewilligung der gezielten Förderungen beendet werden konnte.

Die Einfuhr nordamerikanischer Automobile macht sich in jüngerer Zeit bemerkbar. Es handelt sich aber meist um mindere Qualitäten, deren Verkaufspreis weit hinter dem hier üblichen zurückbleibt und deren Verwendung kaum größeren Umfang annehmen dürfte. Die Ausfuhr deutscher Automobile nach Ausland und Südamerika hat zugenommen. Diese Entwicklung liegt noch in den Anfängen. Wenn auch die genannten Länder es nicht an Aufstrengungen fehlen lassen, eine eigene Industrie zu schaffen, so werden noch Jahre vergehen, ehe eine solche den dortigen starken Konsum zu betriebligen in der Lage ist. Vorecht liegen noch für den Export und das Inlandgeschäft beträchtliche Aufträge vor, die fast alle hiesigen Betriebe auf Monate hinaus beschäftigen. Die Leistungsfähigkeit ist voll erreicht. Bei der Leichtigkeit, mit der größere Bestellungen zu erlangen sind, werden die Interessenten wohl an eine Erhöhung der Preise denken, um die Früchte jahrelanger Arbeit und großen Kapitalaufwandes zu ernten.

Die Automobilindustrie war während des Berichtsjahres außerordentlich gut beschäftigt. Um der lebhaftesten Nachfrage gerecht zu werden, wurden überall Vergrößerungen vorgenommen, die eine sehr erhebliche Erhöhung der Produktion ermöglichten. Besonders ist eine Erweiterung festzustellen. Die Kriegsgefahr konnte diesen günstigen Absatzverhältnissen wenig oder gar nicht Abbruch tun, gab im Gegenteil vielen Verwaltungen Veranlassung, größere Aufträge zu erteilen.

Mit dem gesteigerten Absatz stand allerdings der erzielte Gewinn nicht im Einklang. Rohmaterialien, insbesondere Kupfer, Aluminium usw., liegen sehr im Preise. Außerdem machte sich die Verteuerung der Lebensmittel in erhöhten Aufwendungen für Gehälter und Lohn der Beamten und Arbeiter bemerkbar.

Arbeitsstörungen in Berliner Karosseriefabriken sowie mehrtägige Streiks in auswärtigen Betrieben der Metallindustrie brachten eine Störung in der Anfertigung der bestellten Wagen und erhöhten die durch außergewöhnlich große Aufträge bereits entstandenen Lieferungschwierigkeiten.

Die amerikanischen Fabriken, die den deutschen Markt besetzen, suchen namentlich mit billigen Angeboten die Konkurrenz zu schlagen. Das deutsche Erzeugnis ist aber jedem Wettbewerb gewachsen, da die Leistungsfähigkeit, Betriebssicherheit und Haltbarkeit der Wagen selbst den höchsten Ansprüchen genügen.

Die Kurse der Aktien der Automobilfabriken verließen im Berichtsjahre in der gleichen

surve wie die anderer Industrie-Gesellschaften. In dessen waren bis in den Herbst hinein die Steigerungen für diese Werte so beträchtlich, daß trotz der Rückgänge im letzten Quartal die allgemeine Kurssteigerung während des ganzen Jahres als günstig bezeichnet werden muß. Es hängt dies damit zusammen, daß die Entwicklung der einheimischen Automobilfabrikation trotz des scharfen ausländischen Wettbewerbs, besonders seitens der Vereinigten Staaten von Amerika, infolge vermehrten Absatzes durchaus befriedigend gewesen ist und am Ende des Jahres reichliche Auftragsbestände vorhanden waren.

Die gute Beschäftigung der Treibriemenindustrie, die im Jahre 1911 zu verzeichnen war, hat auch im Berichtsjahre angehalten. Es war den Fabrikanten aber nicht möglich, ihre Verkaufspreise den steigenden Lederpreisen anzupassen. Die Fabrikation mußte sich daher durchweg mit dem bescheidensten Nutzen begnügen.

Der Export ließ infolge der Kriegswirren auf dem Balkan nach diesen Ländern sowie nach dem Orient vollständig nach, auch die Lieferungen nach Ausland waren außerordentlich gering.

Vuchbinder- und Portefeulien-Leder wurden in befriedigendem Umfange abgesetzt. Besonders im Herbst waren infolge der großen Preissteigerungen sehr begehrt, so daß gute Umsätze erzielt werden konnten. Die Preisaufschläge, welche die zur Verwendung gelangenden Sorten erfordern, sind durchweg recht erheblich; sie belaufen sich im Vergleiche mit den Preisen am Schlusse des Jahres 1911 bei Luchten, Sechshund, beheren, Kottions und gepalpierten Schafledern auf etwa 10 Proz. Stalbleder und ostindische Ziege wurden um 10 bis 15 Proz. teurer, während ostindische Schafleder um 15 bis 20 Proz. im Preise stiegen. Bei den geringen ungepalpierten Schafledern verschiedener Herkunft, die am hiesigen Plat viel verlangt wurden, betragen die Preisaufschläge bis 30 Proz.

Die Aufträge auf kunstgewerbliche Lederwaren, wie Schreibmappen, Brieftaschen, Zigarettenfächer usw. haben fast ganz aufgehört, da der Geschmack vornehmlich glatte Waren in bestem Leder ohne Ornamentierung bevorzugt.

Das Geschäft in feinen Lederwaren war zufriedenstellend, der Umsatz dürfte sich auf denselben Höhe wie 1911 gehalten haben.

Im ersten Halbjahr waren die Umsätze kleiner, das zweite Halbjahr brachte aber den Ausfall wieder ein. Besonders stark war die Nachfrage nach guter Ware; in billigen Artikeln war die Produktion eine so große, daß diese Waren zu sehr gedrückten Preisen, vielfach sogar nur mit Verlust Absatz fanden.

Die Preise der Materialien, hauptsächlich diejenigen für Leder, bewegten sich im ganzen Jahre in steigender Richtung. Bis zum Herbst waren Preiserhöhungen von 10-25 Proz. zu verzeichnen, auch für die einzelnen Metallartikel erfolgten kleine Preisaufschläge.

Mit den Arbeitern hatte die Branche keine Schwierigkeiten, da die Löhne durch Tarifverträge geregelt sind.

Der Export hielt sich in mäßigen Grenzen. Infolge des Balkankrieges gingen einige Aufträge verloren, auch Österreich hat in den letzten Monaten des Jahres verschiedene Aufträge in Anbetracht der Unsicherheit der politischen Lage annulliert. Im Auslande entwickelt sich die Fabrikation feiner Lederwaren immer mehr. Aus Paris und Wien werden immer mehr Waren nach Deutschland eingeführt, so daß die deutschen Fabrikanten für bessere Artikel auch auf dem Inlandsmarkt mit der zunehmenden Konkurrenz des Auslandes zu rechnen haben.

Aus anderen Organisationen.

Die Entwicklung des Zentralverbandes der Schuhmacher machte im Jahre 1912 keine besonders erfreulichen Fortschritte. Seine Mitgliederzahl ging um 305 gegenüber dem Vorjahre zurück, sie betrug im vierten Quartal des Vorjahres 45 487. Die Ursache dieses kleinen Rückganges ist vermutlich auf die vom letzten Verbandstag beschlossene und am 1. Oktober 1912 in Kraft getretene Beitragserhöhung um 10 Pf. pro Woche in allen Klassen zurückzuführen. Die Abrechnungen der Verwaltungsstellen vom 1. Quartal 1913 zeigen aber, daß nicht nur dieser Verlust wieder ausgeglichen, sondern darüber hinaus eine Vermehrung der Mitgliederzahl eintritt. Ein Beweis dafür, daß die Mitglieder angezogen werden immer schärfer werdenden wirtschaftlichen Kämpfe, von der Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge überzeugt sind.

Der Verband hatte im Jahre 1912 231 Lohnbewegungen zu führen, an welchen 15 815 Personen beteiligt waren. Von diesen Bewegungen entfielen 168 mit 14 014 Beteiligten auf Fabriksbetriebe und 43 mit 1801 Beteiligten auf handwerksmäßige Betriebe. 186 Lohnbewegungen mit 18 049 Beteiligten

konnten ohne Arbeitsniederlegung durch Vereinbarung mit den Unternehmern erledigt werden, während in 42 Fällen mit 1469 Beteiligten die Arbeit niedergelegt werden mußte. Außerdem waren drei Ausprägungen mit 1297 Beteiligten zu verzeichnen. Durch diese Arbeitskämpfe wurde erzielt für: 2105 Personen 5388 Stunden Arbeitszeiterfüllung und für 5431 Personen 8230 Mk. Lohn-erhöhung pro Woche. Das sind pro Person 2 1/2 Stunden Arbeitszeiterfüllung und über 1,50 Mk. Lohnzulage pro Woche. Außerdem erreichten 7110 Personen Bezahlung von Lohnerhöhungen und sonstige Vergünstigungen im Arbeitsverhältnis. Bei den Lohnbewegungen konnten insgesamt für 2765 Personen Versicherungen verschärfener Art zurückgewiesen werden. Die Ausgaben für diese Lohn- und Streikbewegungen betragen 203 795 Mk. Der seit 1906 schon zu beobachtende ständige Rückgang der gewerkschaftlichen Bewegung ist veranlaßt durch den Verband verlassend; hohe Ausgaben für Arbeitslosen und auch für Krankenunterstützung. Es wurden im Jahre 1912 vorausgeh.: 145 972 Mk. für Arbeitslosen- und 225 621 Mk. für Krankenunterstützung. Ferner 24 297 Mk. für Krankenunterstützung, 8666 Mk. für Unzulagsunterstützung, 5540 Mk. für Wöchnerinnen, 1683 Mk. in Restfällen, 10 032 Mk. in Sterbefällen, 2425 Mk. für Modestäubung und 4357 Mk. an gemahregelte Mitglieder. Die Gesamtansprüche für Unterstützungen betrug 582 959 Mk. Der Vermögensbestand der Hauptkassen betrug am Schlusse des Berichtsjahres 656 028 Mk., der der Lokalstellen 244 153 Mk., der Gesamtvermögensbestand 900 182 Mk.

Der **Vuchbinderverband** hat im Jahre 1912 seine Mitgliederzahl auf 67 273 erhöht, was einer Zunahme von 2480 entspricht, wofür fast ausschließlich mit neuem Zustromen in Betracht kommen. Die von einflussreichen Kreisen mit Erlaubnis wie mit unerlaubten Mitteln geforderte Abspaltung Gutenbergsbund kann trotzdem, selbst mit Einschluß ihrer österreichischen und schweizerischen Filialen, aber nur 194 neue Mitglieder verzeichnen, womit sie ganze 3296 Mitglieder zählt. Von 74 000 Beschäftigten Gebilden hat die Tarifgemeinschaft für 70 000 Geltung.

Enorme Aufwendungen hatte der Verband für die Arbeitslosenunterstützung zu machen, die zum ersten Male über eine Million Mark - 1 151 006 Mark gegen 920 612 Mk. in 1911 - erforderlich. Dementsprechend war auch die Arbeitslosenziffer hoch: 4,75 Proz. (Vorjahr 4 Proz.) auf jedes Mitglied ungerundet, entfielen 17,50 (14,50) Arbeitslosentage im Jahr. Die Krankenliste ist dagegen gefallen: 2,75 (3,15) Proz. Herausgehoben wurde an Unterstützung für Kranke 906 915 (977 420), an Invaliden 379 450 (358 252), für wandernde Mitglieder 227 453 (183 586), für Gemeinnützige 8312 (3622), als Unzulagsbeihilfe 43 700 (40 439) und als Vergütungsgeld 98 173 (93 400) Mk. Sämtliche Unterhaltungs-zweige erforderten 2 817 059 (2 579 131) Mk. Dazu wurden aus den Gew.- und den Mitgliedschaftskassen noch Zuschüsse im Betrage von über 800 000 Mk. gezahlt. Das sind gewiß gewaltige Summen und große gewerkschaftliche Leistungen.

Aber auch das Einnehmeleno weist imponierende Zahlen auf, nämlich 3 898 055 Mk. für 1912 und 3 704 623 Mk. für 1911. Der Beitrag ist in Anbetracht der übermäßigen Unterstützungsansforderungen wie im Hinblick auf die ganzen Verhältnisse ab 1. Januar d. J. um 10 Pf., also auf 1,20 Mk. erhöht worden, wozu noch Gew.- und Lokalbeiträge bis zu 70 Pf. pro Woche treten. - Der Vuchbinderverband schließt das Jahr 1912 mit einem Vermögensbestande von 9 708 791 Mk. (Vorjahr: 8 908 458 Mk.) ab, ohne die besonderen Verwaltungsbestände in den Mitgliedschafts- und Gattungen, die am Jahreschlusse ungefähr 3 Millionen Mark aufzuweisen hatten.

Soziales.

Die **Volkfürsorge** eröffnet ihren Geschäftsbetrieb. Die schriftliche Ausfertigung des die Genehmigung der Volkfürsorge enthaltenden Spruches der Aufsichtsbörde ist prompt eingegangen, so daß bereits am 17. Mai die Eintragung in das Handelsregister erfolgen konnte. Damit ist die letzte Formalität erfüllt; die eigentliche Arbeit kann also beginnen. Möge sie von Anfang an von Erfolg gekrönt sein zum Segen der Versicherungsbedürftigen! Die Schwierigkeiten sind nicht zu unterschätzen. Kapitalstärke, wohlgeordnetes Nebenbuhler machen der Volkfürsorge das Feld freitig. In der Zeitschrift für Versicherungswesen wird über die Erfolge der privaten Gesellschaften auf dem Gebiete der Volkversicherung geschrieben: „Der Grund liegt offenbar darin, daß nur dann die Volkversicherung wirklich erfolgreich betrieben werden kann, wenn sie als Wahngeschäft organisiert wird, d. h. wenn Kaufende von Beamten tätig sind, die Versicherungslustigen aufzufuchen, um möglichst Strafe für Strafe und Haus für Haus die ganze Bevölkerung bestimmten großen Versicherungsgesellschaften zuzuführen. Aber

mit der Gewinnung der Versicherer ist es nicht getan. Viel schwieriger ist es, sie zu erhalten. Hier hat die „Victoria“ Muttergütiges, Vorbildliches geschaffen. In allen Städten und dichtbesiedelten Bezirken hat sie Infanteriebureau errichtet. Jedem Einwohner sind bestimmte Straßen zugeteilt, die er an ganz bestimmten Tagen der Woche abgeht, so daß bei jeder Kauffahrt in jeder Woche immer an demselben Tag und wemöglich zu derselben Stunde der Versicherer erscheint, um die Beiträge in Empfang zu nehmen. Verzieht ein Versicherer in ein anderes Stadtviertel, so wird er dem dort zuständigen Einwohner zugewiesen, nachdem man unter Umständen mit Hilfe des Einwohnerkontrollamts die neue Adresse ausfindig gemacht hat. Dasselbe geschieht bei dem Verziehen in eine andere Stadt.“ Die Volkfürsorge wird dem eine gleich schlagfertige und wemöglich noch billige Organisation entgegenzustellen haben und vor allem den idealen Zweck, nicht den Affiziden, sondern den Versicherer Vorteile zuzuwenden und soziale Aufgaben lösen zu helfen.

Rundschau.

Die **preussischen Landtagswahlen** am 16. Mai brachten trotz des ungunstigen Termins und des noch ungunstigeren Wahlrechts der Sozialdemokratie einen durchaus beachtenswerten Stimmengewinn. Neben eine Million Wähler bekannten sich offen und frei zur Sozialdemokratie und stempelte die Partei zur größten im reaktionär verwalteten Preußen. Aber in keinem Verhältnis zur abgegebenen Stimmzahl sieht die Mandatsgewinnung. Die bisher innegehabten sechs Sitze wurden durch die Wahl des bekannten Führers der Bergarbeiter Sine um einen vermehrt. Es ist möglich noch zwei oder drei Mandate in der Stichwahl zu erobern. Auch sonst hat die Wahl keine Verschiebung der Parteien gebracht. Die Furcht, in der Existenz gefährdet zu werden, hält die meisten Wahlberechtigten von ihrer Wahlpflicht ab, wodurch der größte Teil der Mandate der Reaktion mühelos zufällt. Der Ausgang der Wahl wird den denkenden Wählern Preußens erneut ein Impuls sein, die Zwangsburg der Dreiklassenwahl nach niedrigerzuziehen.

Äuñtzig Jahre deutscher Sozialdemokratie vollenden sich in den Mitagen des Jahres 1913. Ein halbes Jahrhundert ist vergangen seit dem 23. Mai 1863, da zu Leipzig ein kleiner Stamm Proletarier unter Führung Ferdinand Lassalles, des großen Erweders und Führers, den beschriebenen Grundstein zu dem großen Bau legte, dessen mächtige Quadern heute stolz und festgefügt sich zum sicheren Bollwerk der Arbeiterklasse zusammenschließen. Zwölf Delegierte aus elf deutschen Städten traten an jenem Tage zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zusammen, und kein war das Häuflein, das hinter ihnen stand. Ein Vierteljahr nach der Gründung zählte die politische Organisation der deutschen Arbeiterklasse erst 1000 Mitglieder, trotz der unermüdlichen, schier übermenschlichen Anstrengungen des größten, wirtgenmächtigsten Agitators, den Deutschlands Arbeiterbewegung je gehabt hat. Aus der ersten Generalsversammlung des Vereins am 27. Dezember 1864 waren 34 Orte durch 20 Delegierte vertreten. Bei den Wahlen zum konstituierenden Norddeutschen Reichstage im Februar 1867 manierte der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein rund 40 000 Stimmen, und mit Einzurechnung der Wähler der erst halbsozialistischen Sächsischen Volkspartei kommt man auf knapp 50 000 sozialistische Stimmen an der Schwelle des neuen Deutschen Reiches. Ein einziger Sozialdemokrat, August Bebel, vertret die Arbeiterklasse im Bundesparlament. Aus schwachen, unbedeutenden Anfängen ist die deutsche Sozialdemokratie erwachsen, und oft genug haben äußere wie innere Stürme das Werk des Meienlages von 1863 wieder zu zerstören gedroht. Aber stärker als alle Gewalt, die gegen die Partei des Proletariats aufgeboden wurde, waren die wirtschaftlichen Kräfte, die das kapitalistische Deutschland und das moderne Proletariat schufen und in diesem den festen, entschlossenen Willen, gegen seine Unterdrücker und Ausbeuter zu kämpfen bis zum Siege. Wie muten uns die Zahlen der sechziger Jahre an, wenn wir ihnen die von heute gegenüberstellen! Die Organisation der deutschen Sozialdemokratie zählt rund eine Million Mitglieder, ihre Wählerzahl hat 4 1/2 Millionen überschritten, im Reichstage sitzen 110, in den Landtagen 224, in den Gemeindefestungen 10 124 Sozialdemokraten; 308 Magistrats- und Gemeindevorstandsmitglieder stellt die Partei. Ihre Presse zählt rund 1 1/2 Millionen Abonnenten - die ersten Organe der deutschen Sozialdemokratie kamen über einige tausend Leser nicht hinaus und aus dem Defizit nicht heraus. Gewollt ist der Fortschritt dem 1863 bis 1913. Aber dazwischen liegen auch fünfzig Jahre harten Kampfes und rastloser, treuer Arbeit Tausender und Zehntausender; in ihnen beschlossen ist das Ringen der Vorkämpfer, deren Name die Geschichte bewahrt, und die schlichte Pflichterfüllung der Draben, die

ingenannt ihr Votum für die große Sache gegeben haben. Fünfzig Jahre Kampf und Sieg, fünfzig Jahre Verfolg und Triumph, fünfzig Jahre Exerzium und Eingabe, fünfzig Jahre Trost und Zuversicht! Sie haben die Arbeiterbewegung groß und stark gemacht. Und die Zukunft wird das Geschlecht finden, das der Vater wert ist, das das Werk vollendet!

Wohlförderliche Abfertigung. Die Deutschen Gewerkschaften (D.G.) hielten in der Ringwoche ihren 18. ordentlichen Verbandstag ab, an dem zwei Herren der Regierung als Gäste teilnahmen, was bürgerliche Blätter besonders lobend hervorhoben. Der Vertreter des Staatssekretärs des Innern, Geheimrat Sieforth, dankte für die Einladung und wünschte der Tagung einen guten Verlauf. Er versprach seinem Ober darüber Bericht erstatten zu wollen und wies darauf hin, daß der Staatssekretär mit lebhaftem Anteil den Verhandlungen des Verbandstages folgt. Er müsse hervorheben, daß nach Ansicht des Staatssekretärs die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften volle Beachtung verdient und erfährt. Er schloß mit den bemerkenswerten Worten: „Es ist nicht üblich, daß ein Regierungsvertreter in die Debatten eingreift bei solchen Tagungen. Ich bitte Sie deshalb, aus meinem Schwiegen keinerlei Schlüsse zu ziehen.“ Senatspräsident Geheimrat Pähler begrüßte den Verbandstag im Auftrage des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann und betonte besonders, daß die Vertretung der Gewerkschaften vor dem Reichsversicherungsamt durchaus sachverständig und maßvoll gewesen sei. Am liebsten wünschte er guten Verlauf.

Es ist kein besonderer Vorzug einer Gewerkschaft, in Angelegenheiten zu werden, und wird es hoffentlich viele Gewerkschaften geben, die den „Geldern“ zukommende Belohnungen ablehnen, trotzdem sie von den Delegierten beifällig aufgenommen wurden. Doch daß sollten sie eines Besseren überzeugt werden und die wohlverdiente Abfertigung ihrer Belohnung erhalten. Der Arbeiterssekretär G. Leich auf bemerzte in seinem Referat über „Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern“, die Arbeiter werden der Sozialdemokratie angetrieben „durch die Hebe der Schornsteine, die bei der Regierung den sozialpolitischen Fortschritt hemmen und gleichzeitig durch die Geben die Befreiungen der vorwärtsdrängenden Arbeiter zu unterdrücken suchen“.

Diese Ausführungen waren nicht im Sinne der Regierungsvertreter. Geheimrat Sieforth versagte, was er in seiner Begrüßungsrede gesprochen und erklärte:

„Durch die meines Erachtens das zulässige Maß der Kritik weit überschreitenden Ausführungen des Referenten sehe ich mich genötigt, das Wort zu ergreifen. Ich kann nicht auf alle maßlosen Uebertreibungen bei den Angriffen und ungerichten Vorwürfen gegen die Regierung eingehen. Ich muß aber Bemerkungen einlegen gegen die Behauptung, daß in Deutschland nicht Recht, sondern Kaufrecht herrscht, daß bei Streiks Polizei und Militär aufgebracht werden, um die Unternehmerinteressen zu schützen, weiter dagegen, daß behauptet worden ist, die Regierung läte nichts zu der Verbesserung der Lage der Arbeiter, weil sie sich vor den Großunternehmern beeinflussen lasse. Ich darf wohl die Erwartung aussprechen, daß der Vorliegende wenigstens diese auch in der Form zu weit gehenden Angriffe rügen wird. Andernfalls werde ich den Verhandlungen nicht weiter beiwohnen und auch meinem Ober nicht empfehlen können, eine Vertretung heraufzuführen.“

Der Vorliegende Hartmann als Leiter der Versammlung erwiderte verständigerweise der Empfindlichkeit der Herren von der Regierung: „Ich habe nicht Veranlassung, irgendwelche Neugierigkeiten des Referenten zurückzuziehen (Geheimrat Sieforth und Senatspräsident Dr. Pähler erheben sich, um den Saal zu verlassen), sondern ich meine, wir müssen hier jeder frei von der Feder weg reden. Das hat auch der Referent getan. Wir sind hier Arbeiter. Ich habe im Augenblick das Empfinden, das ein großer Teil der Arbeiter und viele, die mit ihnen fühlen, haben müssen, daß die Arbeiter vielfach anders behandelt werden als die Unternehmer. Ich bedauere, daß die Herren Regierungsvertreter einen anderen Standpunkt einnehmen. Wir sind eine Arbeiterorganisation, und wir werden ja in der Diskussion unsere Meinung ausgiebig zur Geltung bringen.“

Der Vorliegende der Gewerkschaften Goldschmidt bemühte sich, die beiden Herren zum Tadeln zu bewegen, ja unter vielen Verbeugungen usw. ließ er ihnen bis zum Ausgang des Saales nach, ohne den gewünschten Erfolg zu erzielen. Der Vorliegende hätte besser getan, die Herren gehen zu lassen, so hat er sich eine Abfuhr geholt, die einer wirklichen Arbeiterorganisation nicht würdig ist. Oder ist Herr Goldschmidt der Meinung, die Dirsch-Dunderschen haben solche Behandlung verdient?

Zum Besuche der Internationalen Baufachausstellung in Leipzig sind auf Anregung des Leipziger Gewerkschaftsrates von der Ausstellungsleitung Vorzugskarten zum Preise von 55 Pfg. in flüssige Benutzung der Vorderbänke und Toiletten für Gewerkschaftsmitglieder und deren Angehörige zur Verfügung gestellt worden. Die Karten sind für einzelne Mitglieder bei den Vorständen der Leipziger Gewerkschaften zu erhalten. Für auswärtige Gewerkschaftsmitglieder und Gewerkschaften, die die Ausstellung korporativ besuchen wollen, werden auf Wunsch jederzeit und in jeder beliebigen Anzahl derartige Vorzugsarten durch das Leipziger Gewerkschaftsamt bereitgehalten, wenn rechtzeitig, möglichst eine Woche vor dem Besuche entsprechende Mitteilung gemacht wird. Die Bezahlung der Karten erfolgt bei der Entnahme. Zweck an die Ausstellungsleitung gerichtete Anträge auf Preisermäßigung bezw. um Gewährung von Vorzugsarten sind zwecklos. Vor 10 Uhr vormittags und an Giebtagen haben die Vorzugsarten keine Gültigkeit.

Ausland.

18) Gewerkschaften und Kirche in den Vereinigten Staaten. Seit Jahren wohnen den Monarchen des Amerikanischen Arbeiterbundes auch Genossen als Vertreter großer Kirchengemeinschaften bei. So findet sich dort alljährlich der in Gewerkschaftskreisen sehr bekannte Pfarrer Charles Steigle ein, der auf beiden Seiten mit Anbiederung für das Zusammenarbeiten von Kirche und Gewerkschaften wirbt. Die von ihm beeinflussten kirchlichen Körperschaften sind sogar soweit gegangen, besondere Arbeiterprogramme aufzustellen, die alle wichtigen Tagesforderungen der Gewerkschaften enthalten. Diese Forderungen bilden oft das Thema der Sonntagspredigten, besonders natürlich am „Arbeiter-Sonntag“, der auf Verreiben Stützles und mit besonderer Sanction der Leitung des Gewerkschaftsbundes immer mehr eingeführt wird. In diesem Tage sollen in allen Kirchen des Landes ausschließlich Arbeiterfragen behandelt werden. In vielen Fällen wird dann sogar die Kanzel bekannerten Gewerkschaftlern zur Verfügung gestellt. Vor einiger Zeit nun trat Stützle, der zahlreiche Korrespondenzartikel besonders für die Arbeiterpresse schreibt, dafür ein, daß die Staats- und Ortsstellen der Gewerkschaften den kirchlichen Körperschaften eine Vertretung in ihrer Mitte einräumen sollen, damit ein besseres gegenseitiges Verständnis erzielt werde. Diesem Plane stimmten verschiedene kirchliche Kongresse sofort zu und die Leitung des Gewerkschaftsbundes empfiehlt seine Durchführung. Es wird behauptet, daß die Gewerkschaftsformelle in fast 100 Städten einem Vertreter der örtlichen Vereinigung der Geistlichen einen Sitz in der Delegiertenversammlung einräumen, der wohl Redefreiheit, aber kein Stimmrecht besitzt. Sozialistische Gewerkschaftsdelegierte wie auch manche andere widersehen sich diesem Entschluß, so daß es in einer Reihe von Stätten schon zu ernstlichen Streitigkeiten gekommen ist.

Bücherchau.

Die Unfallgefahr der Metallarbeiter im Bauern. Dargestellt auf Grund statistischer Erhebungen vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes aus Anlaß der Internationalen Baufachausstellung in Leipzig.

Adressenänderungen.

Zimmerwald, H. W. Albrecht, Poststr. 2.
Häfelstein a. M. K. Adolf Erh, Beerstraße.

Verfallungskalender.

(Unter dieser Aufschrift veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Versammlungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluss bei uns eintreffen.)

- Waldau.** Sonnabend, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr.
- Kugsburg.** Wegen des Stiftungsfestes der Tapezierer im Cafe Maximilian fällt die Versammlung am 31. Mai aus.
- Baunzen.** Sonnabend, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Zittau“.
- Bonn.** Sonnabend, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Deutscher Hof“.
- Grfurt.** Dienstag, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Johannesstr. 18.
- Geisenkirchen.** Samstag, den 31. Mai, abends 9 Uhr.
- Grünberg.** Sonnabend, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Brauner Hirsch“.
- Sagen i. N.** Samstag, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Zum Kartener“.
- Kiel.** Dienstag, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Köln.** Samstag, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Volkshaus“.
- Magdeburg.** Dienstag, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Neue Welt“.
- Waldheim a. Harz.** Samstag, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Hollenberg“.
- München.** Samstag, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Lampfarten“.
- Stuttgart.** (Geschirrbrenner). Samstag, den 31. Mai, abends 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Neterien.** Sonnabend, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Schippmanns Herberge“.
- Karel.** Sonnabend, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Hof von Ubenburg“.
- Werdau.** Sonnabend, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Hofenblüte“.
- Zeitz.** Sonnabend, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Wampfe, Schützenstraße.

Anzeigen

Bekanntmachung.
Ortskrankenkasse der Sattler und verwand. Gewerbe zu Berlin.

Die in der Generalversammlung am 14. November 1912 beschlossene Statutenänderung ist durch Entscheidung des Bezirksausschusses vom 18. März 1913 genehmigt worden.

Danach wird der § 12 des Statuts dahin geändert, daß als Krankengeld 60% des im § 11 festgesetzten Tagelohnes gezahlt wird. Hierdurch erhöht sich auch die Angehörigenunterstützung und das Zuschlagsgeld dementsprechend.

Diese Statutenänderung tritt am Montag, den 26. Mai 1913 in Kraft.

Der Vorstand:
H. Ritsche, Voc. H. Reichmann, Schriftf.

Verwaltungsstelle Berlin.

Zyhtung! Jugend-Abteilung.
Sonnabend, den 31. Mai, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15,

Versammlung.

Tagesordnung:
Vortrag des Schriftstellers Herrn Rich. Wolbi.
Zahlreiche Erscheinen der Mitglieder erwartet
Der Jugend-Ausschuß.

Ordnungsverwaltung Leipzig.

Sonntag, den 8 Juni findet ein

Ausflug ins Muldental

statt, wozu die Kollegen der Stätten Chemnitz, Jwitzau, Werdau, Meeraue und Altenburg sowie die Einzelmitglieder des Bezirks nebst ihren Frauen eingeladen sind.

Die Tour geht von Rochitz über den Rochitzer Berg, Weichselburg, Lützenau nach Penitz. Abmarsch von Rochitz, Rest. Schloßhau 8 1/2, von Weichselburg, Schloßhau 12. Abfahrt von Leipzig, Hauptbahnhof 6 1/2 früh. Fahrpreis: Leipzig-Rochitz 1,20 M., Penitz-Leipzig 1,30 M. Ortsverwaltungen, welche die **Internationalen Baufachausstellung** in corpore befechtigen wollen und auf Führung durch unsere Kollegen reflektieren, eruchen wir, dies rechtzeitig beim Kollegen E. Selzner, L-Lindenau, Markt 6, II, anzumelden. Erwünscht ist die Angabe der Anzahl der betreffenden Kollegen, damit für Beschaffung von Vorzugsarten zu ermäßigten Preisen rechtzeitig gelorgt wird.

Der Ausschuß.

Gesucht

tüchtiger jüngerer **Kassierer** auf Holz- und Bügelkoffer in größerer Stadt der Schweiz. Offerten unter Chiffre 420 an die Expedition dieses Blattes.

Mehrere tüchtige und wirklich perfekte **Wagen-Garnituren** werden noch für dauernde Arbeit bei hohem Verdienst eingestellt. **Ludw. Rätz & Sohn, Karosserie-Werke, Halle a. S., Diermig.** Zu meld. auf dem Arbeitsnachweis 5. Kollegen **Kamath, Auguststr. 20, III.**